H 8040 F
Nummer 23
Juni-Juli 1993
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Der Schrei nach dem starken Staat
Techtel-Mechtel: Konservative und Faschisten
Faschistische Aktivitäten in den Niederlanden

Inhalt

Impressum
Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/34 10 36
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Offizin, Kornstraße
30167 Hannover
Satz und Layout: R.Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Der Rücktritt des Bundesinnenminister Seiters nach dem mörderischen Polizeieinsatz in Bad Kleinen bescherte uns am 7. Juli 1993 einen neuen. Kanter heißt er jetzt und ist als strammer Konservativer mit seiner "Law-and-Order"-Mentalität auch der Hoffnungsträger für Ultrarechte. So begrüßt auch das "Nationale Infotelefon Frankfurt/M.", von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", der "SWS" und der "Freien Wählergemeinschaft Frankfurt/M." die Benennung Kanters zum Bundesinnenminister, der es den "...linken rotgrünen Zecken" dann schon zeigen würde. Kanter, der als schwarfer Hund gilt (so die TAZ) und dem man auch Beziehungen zu nationalistischen Vereinigungen nachsagt, wird zu einer Rechtswende der Bundesregierung beitragen. Schon als Landesvorsitzender der CDU in Hessen äußerte er sich in einem Interview: "Die CDU muß eine Politik machen, zu der die Wähler der 'Republikaner' ja sagen können."! - Ein weiterer Rechtsruck also in Deutschland, so wie ihn alle bürgerlichen Parteien in Form und Inhalt, jede auf ihre Weise, mehr oder weniger auffallend, vollziehen und der sich erst jüngst in der Änderung des Artikel 16 GG widerspiegelte. Nicht einmal die erst vor kurzem von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Rede zu den Trauerfeierlichkeiten für die Solinger Mordopfer eingeklagte Zivilcourage führte dazu, daß er seine Unterschrift zur Änderung des Art. 16 GG als praktizierte Zivilcourage versagte.

Diese politischen Grundzüge finden sich auch wieder in den Auswirkungen der Bereiche Justiz und Verwaltung. Der Staat funktioniert wie ein Räderwerk. So hat z.B. wieder - trotz der Brandstifter- und Handlangerfunktion der 'Republikaner'- das Verwaltungsgericht in Bayern verboten, daß diese Partei durch den Verfassungsschutz überwacht werden darf. Die Verharmlosungsstrategien der Sicherheitsbehörden bezüglich der rechtsorientierten Gewalttaten und der heute noch in diesem Zusammenhang ständig bagatellisierende Hinweis auf die Handlungen von unorganisierten und unpolitischen Einzeltätern oder alkoholisierten Jugendgruppen runden dieses Gesamtbild ab und verfestigen die Entwicklung zu neo-faschistischen Tendenzen.

Am 20. Juli jährt sich wieder der Tag zum sogenannten "Aufstand des anderen Deutschlands, der Aufstand des Gewissens". Dieser Tag im Jahre 1944 versteht sich nicht als die Offenbarung von antifaschistischem Widerstand. Er versteht sich eher als ein Aufstand von hohen Militärs und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich aus unterschiedlichsten Gründen, auch bezüglich des Hitlerismusses ihrer Verantwortung bewußt waren und bei denen die Auffassungen über Staat und Gesellschaft weit auseinandergingen. Gerade weil von diesem Aufstand auch die konservativen Parteien so angetan sind und er auch von ihnen gefeiert wird, sollte dieser wiederkehrende Tag eine Mahnung sein, damit auch sie heute eine deutliche Bekenntnis gegen Faschismus und Rassismus ablegen.

Schon in den zurückliegenden Ausgaben hat Der Rechte Rand immer auf die Verknüpfungen von Konservativen mit rechtsradikalen Gruppierungen, Personen und Verlagen hingewiesen und berichtet, um deren Organisationsstrukturen und Ideologieangebote aufzuzeigen. In dieser Ausgabe bildet diese Thematik wieder einen Schwerpunkt. Bei diesen Verbindungen zeigt es sich, daß es sich um Erscheinungsformen handelt, die alle politischen Lager betrifft. Die Gefährlichkeit dieser Entwicklungen gilt es herauszustellen und ihre Vertreter und ihre Verbindungen zu benennen, denn diese Verknüpfungen dienen dazu, rechtskonservative/neofaschistische Gruppierungen und ihr Gedankengut hoffähig zu machen und ihr wahres Gesicht und ihre Absichten zu verstecken. Diese Verknüpfungen dokumentieren, daß die Abgrenzungen zu Rechtskonservativen aufweichen, und daß die Abgrenzungen zum neo-faschistischen Lager nur Schein sind. Das Schlesiertreffen vom 11.7.93 in Nürnberg spricht dabei eine deutliche Sprache. Insgesamt lassen sich auch an diesen Verbindungen die Anzeichen für den Ruck nach rechts bzw. dem Aufschwung rechtskonservativer Kräfte in dieser Gesellschaft festmachen. Immer wieder zeigt es sich, wie sehr Vertreter dieser Entwicklungen im gesellschaftlichen Schoß eingebettet sind und mit Anerkennung und Ansehen ausgestattet ihr Handwerk betreiben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Schoß wieder fruchtbar ist.

Zum Abschluß noch etwas Organisatorisches: Unsere Anschrift lautet seit dem 1. 7.93: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover.

Da durch die Umstellung des Versandes auf den Postzeitungsvertrieb einige Schwierigkeiten aufgetreten sind, teilt uns bitte mit, wenn Eure Anschrift von der von uns verwandten Adresse abweicht.

Das Heft 24 des Rechten Randes erscheint am 15. September 1993. Redaktionsschluß ist am 20. August 1993.

Antifa-Termine

6.November 1993: **2. Antirassistische Aktionskonferenz Thüringen und Demonstration in Erfurt.**

Kontakt: Thüringer Antifa-Info, c/o Joseph Grüne, Eislebenerstr. 3, 99084 Erfurt. Unter der gleichen Adresse ist auch die interessant gemachte Zeitung "Antifa Nachrichten Thüringen" zu beziehen

Rolf Gössner

Nach den Morden von Mölln und Solingen:

Die "schreckliche Heimsuchung" und der Schrei nach dem starken Staat

Seit der deutschen Vereinigung sind mehr als 50 Menschen von Neonazis und Rechtsterroristen erschlagen, erstochen und verbrannt worden; die Zahl der zum Teil schwer Verletzten geht in die Tausende. Nacht für Nacht brennen Wohnungen und Häuser; die Terrorangriffe gegen AsylbewerberInnen, türkische Frauen und Kinder, gegen Obdachlose und Behinderte, gegen Juden und Linke gehen weiter, häufen sich. Die Mörder sind mitten unter uns und die sozial Schwächsten und Ausgegrenzten dieser Gesellschaft sind ihre Opfer: Alltag gewordener Terror im vereinten Deutschland.

Verdrängungsprogramm: Das neonazistische Morden als "Heimsuchung"

Allenthalben "Trauer" und "Entsetzen" über die Morde von Mölln und Solingen. Dennoch sind die Reaktionen auf den neonazistischen Terror, wen wunderts, recht unterschiedlich: Die einen beginnen sich zu wehren und schlagen zurück, andere demonstrieren und bilden Lichterketten, wieder andere sind schlicht betroffen und beten; und dann ist da noch Helmut Kohl, der nach Solingen in der ihm eigenen unübertroffenen Art von "schrecklicher Heimsuchung" und von "asozialer Gewalttätigkeit" einzelner fehlgeleiteter Individuen schwadroniert, wie es sie leider überall gebe.

Was will uns der Kanzler damit sagen? Ganz einfach: Der neonazistische Terror kommt nicht mitten aus der Gesellschaft, sondern irgendwie, einem schrecklichen Naturereignis gleich, von außen oder von oben, einfach so über uns. Und die Täter sind Asoziale, mit denen die Gesellschaft und ihre Repräsentanten eigentlich nichts zu tun haben. Es ist diese Sprache der Verdrängung, der Negierung eigener politischer Verantwortlichkeit, die so typisch ist für die herrschende Parteienpolitik, wenn auch nur selten dermaßen offen und schamlos präsentiert. Was dabei ganz nebenbei unter den Teppich der Nation gekehrt wird:

1. Neonazismus und Rechtsterror sind kein neues Phänomen diese Tage oder seit der deutschen Vereinigung. Es gab und gibt sie nicht erst seit Hoyerswerda und Rostock - und zwar in West- wie in Ostdeutschland. Die westdeutsche Wirklichkeit in den 80er Jahren: Schon 1988 gab es insgesamt 73 "rechtsextremistische" Organisationen mit knapp 30.000 Mitgliedern. Von 1980 bis 1989 gab es - neben über 700 sonstigen neonazistischen Gewalttaten - insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen: Darunter waren die Opfer des Münchner Oktoberfest-Attentats, 10 Ausländer, ein jüdischer Verleger und seine Lebenspartnerin, zwei Männer ohne festen Wohnsitz .., Das sind über dreieinhalb mal so viele gewaltsame Todesfälle, wie sie im selben Zeitraum von sog. Linksterroristen, etwa der RAF, verursacht wurden (10 Fälle). Doch der politisch hochdramatisierte "Linksterrorismus" dominierte die öffentliche Debatte und diente als Zielobjekt der geradezu hysterischen staatlichen Aufrüstungs- und Verfolgungstätigkeit - die rechtsradikalen Tendenzen, die schon damals in weiten Teilen der Bevölkerung verankert waren, und der manifestierte Terror von rechts wurden weitgehend verdrängt.



Im Zweifelsfall steht für die Polizei der Feind nach wie vor links.

2. Immer noch werden rechtsorientierte terroristische Gewalttaten gerne als Handlungen von isolierten Einzeltätern bzw. von isolierten Spontantätern bagatellisiert, allenfalls ist von Jugend-Gangs oder alkoholisierten Jugendcliquen die Rede - als gäbe es keinerlei politischen Hintergrund für ihre mörderischen Gewalttaten, als gäbe es nicht längst einen gut organisierten neonazistischen Kern aus Skinhead-Szene, Neonazi-Parteien, Wehrsportgruppen und völkischen Einsatzkommandos, die, schwer bewaffnet, u.a. den Straßen- und Häuserkampf zur Stürmung von Asylbewerber-Heimen exerzieren und im Nahkampf die Tötung von Menschen trainieren. Fremdenfeindliche Gewalttaten, so eine neue Studie, werden nicht von "irregeleiteten Einzeltätern" verübt, sondern zu 90 Prozent von "informellen Cliquen und Gruppen", die in einem rassistisch gesättigten Klima agieren, mit rechtsextremen Vereinigungen im Kontakt stehen oder aber mit ihnen verknüpft sind.

Die offizielle, im Konstrukt vom "Einzeltäter" zum Ausdruck kommende Verharmlosung ist besonders erstaunlich, wenn man bedenkt, wie anders diese "Sicherheitsbehörden" handeln, sobald es um das linksgerichtete Spektrum geht: Wie rasch werden da organisatorische Strukturen unterstellt, um das rechtstaatlich höchst bedenkliche "Anti-Terror"-Sonderrecht nach §129a StGB nutzen zu können. Hier gilt dann die sog. Kollektivitätsthese, wonach alle Mitglieder einer "terroristischen Vereinigung" für alle Taten, die dieser zugerechnet werden, haften - gleichgültig, ob ihnen die Einzeltat nachweisbar ist oder nicht.

Aus der deutschen Geschichte ist uns diese Tendenz zum staatlichen Handeln nach zweierlei Maß zur Genüge bekannt. Ob, so muß man sich fragen, das wohl auch damit zu tun hat, daß vom rechten Terrorismus keine Gefahr für den Staat, für das staatliche Gewaltmonopol ausgeht? Schließlich huldigen die rechten Gewalttäter einem starken, autoritären Staat und den althergebrachten Feindbildern: Sie richten sich hauptsächlich gegen soziale Minderheiten, Außenseiter und Ausgegrenzte, nicht etwa gegen Wirtschaftsmanager, Staatsfunktionäre oder ihre Etablissements.

3. Was mit der Kohlschen "Heimsuchung" noch ausgeblendet wird: der Anteil der unsäglichen "Asyldebatte" an der Eskalation

rechter Gewalt; mit dieser Debatte wurde ein gigantisches Verdrängungsprogramm losgetreten, mit dessen Hilfe von den dramatischen Vereinigungsfolgen und -kosten, von dem neuen sozialen Ost-West-Konflikt "Deutsche-Ost gegen Deutsche-West" und umgekehrt abgelenkt werden konnte. Der soziale Konflikt verlagerte sich auf "Deutsche gegen Ausländer" und eskalierte zu pogromartigen Terror-Ausfällen, die den Weg zur "nationalen Identität" säumen.

Mit Diskriminierungen wie "Asylantenflut", "massenhafter Asylmißbrauch", "Asylbetrüger" und "Scheinasylanten" wurden die Sündenböcke systematisch aufgebaut, wurden Ausländerhaß und Rassismus massiv geschürt. Soziale Unzufriedenheit und Enttäuschungen, drohende Deklassierung und Fremdenangst, autoritäre Strukturen und latent vorhandene rechtsgerichtete Stimmung in der Bevölkerung bilden den brisanten Nährboden, auf dem diese Politik der Diskriminierung und Dehumanisierung ihre rechten "Früchte" trägt. Die Täter fühlen sich als Vollstrecker eines an den Stamm- und Küchentischen der Nation gebildeten "Volkswillens" - die klammheimliche Sympathie und der offene Beifall blieben nicht aus.

Flugs wurden Terror und beifallklatschendes Umfeld politisch instrumentalisiert, der "Staatsnotstand" beschworen, FDP und SPD massiv unter Druck gesetzt, um in dieser aufgeheizten Situation die Aushöhlung des Asylgrundrechts durchpauken und so die vermeintliche Ursachen beseitigen - sprich die Opfer des Terrors abschieben - zu können. Die Täter hatten auf höchster politischer Ebene Erfolg - der Terror und das Morden gehen weiter.

O-Ton Kohl: "Es ist für mich unerträglich und völlig unhaltbar, wenn jetzt einige eine Verbindungslinie zwischen den Asylgesetzen und den Brandanschlägen in Solingen und anderswo ziehen." Weniger unerträglich und unhaltbar findet er offenbar seinen bemerkenswerten Versuch, die rechte Gewaltentwicklung den 68ern, der "antiautoritären Erziehung", der linken "Gewaltverharmlosung", der "Konflikt-Pädagogik" sowie der Mißachtung deutscher Sekundärtugenden ("Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft, Dankbarkeit und Höflichkeit, Anstand und Würde") anzulasten. Die bereits erwähnte Studie kommt zu einer ganz anderen Erkenntnis: "Antiautoritäre Erziehungsmilieus und liberale Erziehungsstile scheinen nur eine geringe Rolle zu spielen; autoritäre Strukturen sind wesentlich häufiger zu finden." Wen wunderts?

"Große Koalition",: Der hilflose Schrei nach dem "starken Staat"

Nachdem sich die staatlichen Sicherheitsorgane im "Kampf gegen rechts" zunächst - nach Hoyerswerda und Rostock - vornehm zurückhielten, stehen die Zeichen mittlerweile auf Sturm: Seit Mölln und Solingen, seit das "Ansehen Deutschlands in der Welt" auf dem Spiel steht, tönten auch die Sicherheitspolitiker im Chor mit Kanzler Kohl, von nun an den "rechtsradikalen Pöbel die volle Härte des Gesetzes spüren" zu lassen. Inzwischen wurde auch der Wert des rechten Treibens als neue Legitimation für staatliche Nachrüstungsmaßnahmen erkannt. Bevor die - in den 70er und 80er Jahren erheblich ausgebauten - apparativen und rechtlichen Möglichkeiten überhaupt ausgeschöpft werden, wird erneut die Keule der sog. Inneren Sicherheit geschwungen und hauptsächlich auf Polizeiaufrüstung, Lockerung des Datenschutzes, Haft- und Strafrechtsverschärfungen gesetzt.

So sieht beispielsweise das Ende Juni aufgelegte "Sofortprogramm gegen Gewalt und Extremismus" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u.a. die Verschärfung des Jugendstrafrechts vor, desweiteren: Sicherungshaft für Wiederholungstäter, Erweiterung der Vorbeugehaft, Verschärfung des "Landfriedensbruch"-Paragraphen, erweiterte Möglichkeiten zur Überwachung des Post- und Telefonverkehrs von "Extremisten" sowie eine personelle Aufstockung bei Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz. Neue mobile Polizei-Eingreif-Trupps, Schnellgerichte vor Ort, Berufsverbote (diesmal gegen rechts) sind im Gespräch, ja sogar - neben der bereits geschaffenen "Koordinierungsgruppe Rechtsextremismus" - ein zentrales "Bundessicherheitsamt", in dem Polizei, Geheimdienste und Staatsanwaltschaften zusammengefaßt werden sollen. damit wird dann auch das verfassungsmäßige, für Sicherheitspraktiker höchst lästige Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei im Kampf gegen Neonazis vollends über Bord geworfen - ein Gebot, das, Ironie der Geschichte, eine essentielle Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der GeStaPo in Nazi-Deutschland verkörpert.

Sicher sind die Forderungen von entsetzten Bürger und Opfern neonazistischer Terroranschläge verständlich, die da lauten: "Täter hart bestrafen" und "Gesetze verschärfen"; doch es sind hilflose, trügerische und gefährliche Forderungen an den Staat, die allzu gerne aufgegriffen werden von den Strategen der "Inneren Sicherheit". Diese Feststellung spricht keineswegs gegen angemessen "hartes" polizeilich-justitielles Eingreifen gegen rechte Gewalttäter - aber bitteschön nach rechtsstaatlichen Kriterien und herkömmlichem Strafrecht; im Vordergrund stehen muß der bislang häufig so sträflich vernachlässigte Schutz der (potentiellen) Gewaltopfer; hier dürfen die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Die berechtigte Empörung über die Gewalttaten hat den Glauben an die sühnende und präventive Kraft des Strafrechts, den Glauben an staatliche Repression auch bei denen wieder geweckt, die ihn - aus guten Gründen - längst verloren hatten. Schon allzu viele Kräfte aus dem liberalen Bürgertum und der verbliebenen "Linken" sind bereit, bürgerrechtliche und rechtsstaatliche Positionen nach und nach zu räumen, wenn es um den Kampf gegen die tatsächlich wachsende Kriminalität geht, gegen das gewaltig dramatisierte "Organisierte Verbrechen", gegen Drogenkriminalität, gegen Rechtsextremismus und neonazistische Gewalt. Plötzlich werden sogar bei ehedem staatskritischen Geistern der vielgeschmähte "Verfassungsschutz" akzeptabel, das höchst bedenkliche "Anti-Terror-Sonderrechtssystem genehm sowie die Hilferufe nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen schriller, wenn diese nur endlich wirkungsvoll gegen den Rechtsterror eingesetzt würden; geheimpolizeiliche "verdeckte Ermittler" oder noch verfassungswidrige Lauschangriffe finden im Kampf gegen die organisierte Drogenkriminalität und gegen Neonazis neue Freunde, die in ihrer Hilflosigkeit glauben, den "sicherheitsstaatlichen" Verheißungen folgen zu müssen, um der neuen Unsicherheit begegnen zu können.

Der längst schon populäre Hang zu einfachen strafrechtlichen und polizeilichen "Lösungen", besser: Scheinlösungen, nimmt, das müssen wir konstatieren, rapide zu. Demgegenüber geraten sämtlich Reform- und Entkriminalisierungsbemühungen, wie sie etwa im rot-grün regierten Niedersachsen wenigstens in Ansätzen versucht werden, unter wachsenden Druck: Abbau des demokratiewidrigen Geheimdienstes "Verfassungsschutz", Demokratisierung der Polizei, Ausstieg aus der kriminalitätsfördernden Drogenpolitik, Abschaffung des rechtsstaatswidrigen "Anti-Terror"-Systems ... .

Wir müssen uns endlich von der fixen Idee verabschieden, als gebe es eine polizeiliche "Lösung" politisch und ökonomisch verursachter sozialer Probleme und Konflikte, die mit immer neuen Gesetzesverschärfungen und polizeilichen Aufrüstungsmaßnahmen in den Griff zu bekommen seien. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus die Fixierung auf staatliche Institutionen und Maßnahmen in die Irre führt. Jedenfalls dürfen und können wir uns etwa auf Verbote von neonazistischen Vereinigungen oder auf den "Verfassungsschutz" nicht verlassen: Verbote können die fatale Wirkung zeitigen, daß solche Gruppen im Untergrund weiteragieren und dann noch schlechter öffentlich bekämpft werden können; und der ""Verfassungsschutz", dessen Ziehväter Alt-Nazis waren, hat als "Frühwarnsystem" in Sachen "Rechtsextremismus" auf der ganzen Linie versagt; diesen Aufgabenbereich nun als neue Legitimation zu reklamieren, halte ich für einen Public-Relation-Trick, der auf antifaschistische Akzeptanz spekuliert. Eine starke, antifaschistische, soziale und demokratisch legitimierte und offene Politik wäre auch hier eher in der Lage, das vorhandene Gefahrenpotential zu verringern, als ein schwer kontrollierbarer Geheimdienst.

Die "entlastende" Delegation des gesellschaftlichen Problems Neonazismus an den Staat verhindert nicht nur eine radikale politische Aufarbeitung des Faschismus und eine engagierte Gegenwehr durch die BürgerInnen selbst; sondern ich sehe auch die Gefahr, daß der Rechtsruck, den wir in der Gesellschaft verzeichnen müssen, auf staatlicher Ebene ergänzt, verstärkt und verfestigt wird: Denn der starke und autoritäre Staat mit seiner "law-and-order"-Ideologie steht seinerseits tendenziell rechts. ◪

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, lebt in Bremen. Er ist rechtspolitischer Berater der Fraktion "Die Grünen" im niedersächsischen Landtag. Letzte Buchpublikation: Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991.

Peter Gröger

Mein Freund ist Ausländer? - Nicht unbedingt!

Die “Grauen Wölfe”

Die Berichterstattung der Massenmedien zu den Demonstrationen nach den Morden von Solingen war schnell geprägt von den Auseinandersetzungen zwischen vorwiegend türkischen Jugendlichen und der Polizei., sowie von den heftigen Schlägereien unter den Teilnehmern der Demonstrationen. Daß Jugendliche ihre Wut an Fensterscheiben, abgestellten Fahrzeugen und an martialisch ausgestatteten Polizeikräften abreagierten, ist eine Sache; daß die Medien die Auseinandersetzungen zwischen türkischen Faschisten und Antifaschisten völlig undifferenziert als "Randale von rivalisierenden Türkengruppen" darstellten, eine ganz andere. Damit werden diese Auseinandersetzungen entpolitisiert, antifaschistischer Widerstand kriminalisiert und letztlich wird die Totalitarismustheorie zum Maß aller Dinge erhoben: linke und rechte "Extremisten" nutzen jeden Anlaß für Randale - Ruhe und Ordnung sind bedroht und der starke Staat muß energisch durchgreifen. Die Hintergründe bleiben im Dunkeln.

Man stelle sich die umgekehrte Situation vor: Ein Deutscher würde aus rassistischen Gründen von Faschisten ermordet. Welcher deutsche Antifaschist in der fiktiven Emigration würde auf einer dann stattfindenden Protestkundgebung in der Türkei die Anwesenheit von Gerhard Frey oder Christian Worch akzeptieren?

Antifaschismus kann nicht aus Betroffenheitskundgebungen bestehen. Trotz 30jähriger Anwesenheit von ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in der BRD ist das Wissen, auch vieler deutscher Linker, über die politische Entwicklung der Türkei mehr als mangelhaft ausgeprägt. Das vielgerufene “Hoch die internationale Solidarität” auf Demonstrationen bekommt erst mit kontinuierlichen Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktivitäten deutscher und “ausländischer” AntifaschistInnen Substanz.



Demonstration der "Grauen Wölfe" in den 80er Jahren. *Foto: Türkei-Information*

Türkische Faschisten, deren außenpolitisches Ziel die Wiedererrichtung des nach dem Ende des 1. Weltkrieges zerfallenen Osmanischen Reiches ist, wurden schon in den 30er Jahren von den Nationalsozialisten unterstützt. Pan-Türkisten kämpften im 2. Weltkrieg an der Seite deutscher Soldaten gegen jugoslawische Partisanen in Bosnien. In einem Geheimbericht des Chefs der Sicherheitspolizei an das Auswärtige Amt, beide in Berlin, wurde am 9.10.1944 mitgeteilt, “daß es im Interesse des Reiches liege, mit pan-türkischen Gruppen Kontakt zu pflegen. Bislang bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen: **Alparslan Türkes**, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pan-türkischen Bewegung...”.

Die Türkei blieb im 2. Weltkrieg zwar neutral, und Türkes wurde 1944 zu 10 Jahren Haft verurteilt (1945 in zweiter Instanz freigesprochen), weil er versuchte die Türkei auf deutscher Seite in den Krieg zu ziehen, aber seine Einstellung unterschied sich kaum von der damaliger türkischer Regierungsmitglieder. Türkes: “Die in der Türkei lebenden Nicht-Türken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkessen, Bosniaken, Lazen, Albaner, Kurden usw. Sie soll man in die Länder schicken, wo sie hingehören.”

“Dieses Land ist ein Land der Türken. Wer nicht von rein türkischer Herkunft ist, hat nur ein einziges Recht in diesem Land: das Recht Diener zu werden, das Recht Sklave zu sein.” So der damalige türkische Justizminister Mehmet Esat nach "Milliyet" vom 31.8.1930.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde die Türkei im westlichen Block eingegliedert und wie die Bundesrepublik Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus ausgebaut. 1946 wurden linksorientierte Parteien und Gewerkschaften verboten. Es kam zu einer selektiven Industrialisierung; im Klartext, zur Rohstoff- und Arbeitskräfteausbeutung nach den Erfordernissen des Weltmarktes: Mit dem Eintritt der Türkei in den IWF, die Weltbank und OECD 1947 und dem Beitritt zur NATO 1950 war sie im westlichen Lager voll integriert. Auch der Nationalismus und Rassismus der Pan-Türkisten wurde auf den vermeintlichen äußeren Feind, den Kommunismus, umdirigiert.

1960 tauchte Türkes, inzwischen Oberst der türkischen Armee, als Mitglied einer Gruppe von putschenden Offizieren wieder auf. Er wurde zum persönlichen Sekretär von General Gürsel, der nach der Machtübernahme des Militärs zum Präsidenten der türkischen Republik wurde. Vor allem die Kurdistan-Frage bildete jetzt ein Agitationsfeld für die pan-türkische Bewegung.

Die von IWF und Weltbank diktierte Wirtschaftspolitik der Türkei führte jedoch nicht zur selben Stabilität wie im “Modell Deutschland”. Es wurde keine Industrie entwickelt, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gewesen wäre. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Türkei erzeugte Armut, Schwarzmärkte, sorgte für den Anstieg des Preisniveaus und für regelmäßige Abwertung der Türkischen Lira - und führte zum Erstarken einer selbstbewußten Arbeiter- und Studentenbewegung .

Türkes, der seit 1965 die bis dahin kleine “Republikanische Nationale Bauernpartei” (CKMP) zu einer straff organisierten pantürkischen Organisation geformt hatte, begann Ende der 60er Jahren paramilitärische Ausbildungslager für Jugendliche aufzubauen. 1969 wurde die CKMP in MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) umbenannt. Seit dieser Zeit tragen seine Anhänger den aus der türkischen Mythologie stammenden Namen “Graue Wölfe”. Als Symbol führen sie eine grüne Fahne mit drei Halbmonden.

Obwohl der türkische Geheimdienst MIT

schon seit Ende der 60er Jahre die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" verfolgte, kamen erst 1978 durch einen Agenten des MIT Einzelheiten über deren Aktivitäten an die Öffentlichkeit. Die Todesschwadronen von Türkes galten als die bestorganisiertesten Kaderorganisationen in allen türkischen Städten. Das Standardwerk D.A.S. (die allgemeinen Grundlagen der türkischen nationalistischen und populistischen Doktrin) der Faschisten zeigt deutlich deren Ideologie: "Nationalsozialismus basiert auf Nationalismus und einer starken Autorität. In diesem Sinne bedeutet Sozialismus keinen Kommunismus. Dies wurde erstmalig von Adolf Hitler angewandt und brachte die Produktion in Deutschland auf eine Höhe, die mit dem kommunistischen Rußland nicht zu vergleichen war." Terror, um Chaos zu erzeugen, vor allem Terror gegen Links, war die Aufgabe der "Grauen Wölfe".

Auf der anderen Seite unterhielt Türkes feste Kontakte zu nationalen und internationalen Kapitalkreisen und avancierte mit seiner MHP zum potentiellen Koalitionspartner. 1975 wurde er in die 1. Regierung der "Nationalen Front" aufgenommen.

Die "Grauen Wölfe" orientierten sich am Bild von Hitlers SA und dienten als illegale staatliche Sonderkommandos gegen die linken Organisationen und Gewerkschaften. Ihrem Terror fielen am Ende der 70er Jahre mehr als 2000 Menschen zum Opfer. Die Forcierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führten bis 1980 zu einer quasi-Bürgerkriegssituation in der Türkei. Damit wurde der Militärputsch vom 12. September 1980 faktisch vorbereitet.

Die formale Demokratisierung der Türkei seit 1983 ließ die Gründung einer MHP-Nachfolgepartei, der MCP (Nationale Arbeitspartei), zu. Türkes ist ihr Vorsitzender und Mitglied des türkischen Parlaments. Bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1991 erlangte ein Bündnis von MCP mit den islamistischen Parteien RP und IDP 16,9% der Wählerstimmen.

Auch unter türkischen Migranten in der Bundesrepublik sind die "Grauen Wölfe" seit etwa 1970 aktiv. Nach dem Putsch von 1980, der auch zu einem Verbot der MHP führte, organisierten sie sich in der BRD in verschiedensten Kultur-, Sport- und sogenannten Idealistenvereinen. Bis in die Mitte der 80er Jahre hinein gingen von ihnen zahlreiche Überfälle auf linke und demokratische Asylbewerber und Arbeitsmigranten aus der Türkei aus. Auch Verbindungen zu deutschen Rechtsradikalen, bis hin zu persönlichen Kontakten zwischen Alparslan Türkes und **Franz-Josef Strauß**, sind belegt. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt heute im Ausbau ihres Einflusses auf scheinbar harmlose Kultur- und Sportvereine.

Einzeltäter!???

Eine Welle des Terrors zieht in den Letzten Jahren durch die BRD, Terror, der angeblich spontan von betrunkenen und häufig asozialen Jugendlichen begangen wird. Strukturen, die die jeweiligen Täter mit neofaschistischen Gruppierungen verknüpften, wurden verschwiegen, als nebensächlich abgetan und zugunsten der allgemein favorisierten Einzeltäter-Theorie aus den entsprechenden Prozessen herausgehalten (so z.B. bei der DVU-Connection bei den Brandanschlägen in Norderstedt und den NPD-Verbindungen der Möllner Attentäter).

Bei keinem der Angriffe auf Asylwohnheime, den Brandanschlägen und Morden der letzten Jahre aber war der organisierte neofaschistische Hintergrund sichtbarer als in Solingen. Einer der mutmaßlichen Mörder ist immerhin seit einem Jahr Mitglied der "Deutschen Volksunion" (DVU), deren Chef **Gerhard Frey** eifrig bemüht ist, auch per Gerichtsbeschluß eine Verbindung seiner Partei zu Skinheads zu leugnen. Drei der mutmaßlichen Täter trainierten in einem "Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband" (DHKKV, ca. 400 Mitglieder), von dem sich die deutschen Budo-Fachverbände distanzierten: "In diversen Werbeschreiben des Verbandes DHKKV (Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband) sind rechtsradikale Tendenzen und ausländerfeindliche Äußerungen zu entnehmen. Außerdem sind Verbindungen zur FAP etc. nachweisbar." (Shogun 4/93). Trotz Warnung der Stadtverwaltung vor dem DHKKV und der sich dahinter verbergenden Thai-Box-Schule "Hak Pao" (Leiter: **Bernd Schmitt**) stellt die Stadt für das Training Hallen zur Verfügung. So konnte das Freitagstraining der DHKKV-Abteilung "Deutsche Kampfsportinitiative" (DKI), zu dem nur Deutsche in "Tarnklamotten" zugelassen waren, weiterhin stattfinden. An diesem "Anti-Terror-Training", für das u.a. in der beteiligten sich - so eine Zeugenaussage -

Gründung

Als überparteiliches Arbeits- und Diskussionsforum hat sich unlängst der „Arbeitskreis deutsche Interessen (ADI)" gegründet. Man sieht sich als eine Institution der
tik im Bereich der Ausländer- und Asylproblematik sowie auf der Familien- und Jugendpolitik.

Info, Kontakt:
Bernd Koch, Schloßstraße 39, 5650 Solingen 19

Keineswegs zurückhaltender: Für Bernd Kochs Neugründung wird bereits in der Juni-Ausgabe der "Deutschen Rundschau" geworben

Neonazis aus ganz Nordrhein-Westfalen. Die so Ausgebildeten standen dann für diverse rechtsextreme Organisationen (u.a. für die "Deutsche Liga" und die mittlerweile verbotene "Nationalistische Front") als "Saalschutz" bzw. "Personenschutz" zur Verfügung. Direkten Kontakt zur militanten Neo-Nazi-Szene garantierten dabei der Leiter des DHKKV, **Bernd Koch**, der auf eine langjährige Neonazi-Karriere (u.a. NSDAP Gau Solingen, FAP, Aktion Sauberes Deutschland, Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte, Bergischen Front; REP, Deutsche Liga) zurückblicken kann und wegen des Verfassens anonymer Drohschreiben gegen Kommunisten, Frauenhäuser und Ausländertreffpunkte 1983 zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt wurde sowie der ebenfalls langjährige Neonazi **Wolfgang Schlösser** (FAP-Kreisvorsitzender, Bergische Front, Deutsche Liga). Koch, der seine Wohnung mit Bildern von Hitler, Heß, Kühnen etc. schmückt, hielt der Mord an den Türkinnen nicht lange von seiner faschistischen Tätigkeit ab. Bereits in der Juni-Ausgabe der "Deutschen Rundschau " wird die Gründung eines "Arbeitskreises deutsche Interessen (ADI)" , als eine "Institution des `volkstreuen Spektrums´" bekanntgegeben. Als Geschäftsführer fungiert Bernd Koch. Besondere Schwerpunkte der ADI-Arbeit liegen - so die Anzeige - "neben der Deutschlandpolitik im Bereich der Ausländer und Asylproblematik".

Eine weitere Verbindungslinie zur rechtsextremen Szene zeigte das "Neue Deutschland" auf. Die Mutter des 16jährigen **Christian Riha**, der als erster gefaßt wurde, und deren Lebensgefährte haben beste Verbindungen zu **Christian Eitel** (ehemaliger Leibwächter des DL-Funktionärs **Harald Neubauer**) und **Torsten Lemmer** (ehemaliger Fraktionschef der "Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf" im Düsseldorfer Stadtrat und Manager der Skinband "Störkraft"). Beide arbeiten eng mit dem Kölner DL-Abgeordneten **Manfred Rouhs** zusammen, mit dem sie gemeinsam als Herausgeber der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitschrift "Europa vorn" und der neu aus der Taufe gehobenen Zeitschrift "Moderne Zeiten".

Bei derartig engen Verbindungen darf man gespannt sein, ob es auch hier wieder gelingt, das politische Umfeld der mutmaßlichen Mörder von Solingen auszuklammern.

Anton Maegerle

Das "Studienzentrum Weikersheim"

Scharnierfunktion zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus

Auf die "Suche nach der Staatsräson" begab sich die Witwe des SPD-Ehrenvorsitzenden, Brigitte Seebacher-Brandt am 15.Mai, dem ersten Tag des "Weikersheimer Kongresses". Veranstalter des alljährlich stattfindenden Kongresses war das "Studienzentrum Weikersheim", eine Ideologieschmiede mit Scharnierfunktion zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus. Der Kongreß des "Studienzentrums Weikersheim" (Sitz: Stuttgart) fand am 15./16.Mai 1993 unter dem Motto statt: "Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise?"

Auf dem Kongreß, an dem sich zeitweilig bis zu 650 TeilnehmerInnen - darunter viele junge Menschen - ein Stelldichein gaben, moderierten, referierten und diskutierten über familiäre, soziale, religiöse und nationale Bindungen, Rechtsaußen-Köpfe wie **Elisabeth Motschmann** (Fraktionsvorsitzende der CDU in der bremischen Bürgerschaft), **Eva Maria Föllmer** (Tübinger Psychotherapeutin vom "Verein für psychologische Menschenkenntnis", VPM), **Lothar Bossle** (Soziologie-Professor, einstiger Strauß-Zögling), **Ansgar Graw** (ständiger Mitarbeiter des revanchistischen "Ostpreußenblattes") und **Karlheinz Weißmann** (Gymnasiallehrer in Göttingen und Vielreisender-u. Schreiber im rechten Lager). Während in anderen Arbeitskreisen auf demokratische Reputierlichkeit großen Wert gelegt wurde, durften bei **Weißmann** (Arbeitskreis I: "Historische und politische Bindungen") Teilnehmer ungehindert über die "Auschwitz-Lüge" philosophieren.

Den Schlußvortrag ("Über die Unverzichtbarkeit der Nation") hielt der Hohenheimer Sozialphilosoph **Günter Rohrmoser**, dessen Auffassungen auch schon in der "Deutschen Rundschau", dem Organ der ins neonazistische Lager abgedrifteten "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), bejubelt wurden.

Ins Leben gerufen wurde das "Studienzentrum Weikersheim" Mitte Oktober 1979 auf Initiative von **Hans Filbinger**, der im Jahr zuvor als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten mußte, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß er als NS-Marinestabsrichter noch nach Kriegsende an Todesurteilen beteiligt war. Filbinger ließ es sich bei der Eröffnung des Kongresses auch nicht nehmen, -im Jargon der Ewiggestrigen - "Deutsche aus allen Gauen" zu begrüßen. Ebenfalls auf dem Kongreß erschien zu Filbingers ersichtlicher Freude eine 150 Personen starke Reisegruppe aus "Oberschlesien" und eine 30 Personen umfassende Delegation aus Kroatien; Landes-und Bundeszuschüsse machten's möglich.

Ziel des Studienzentrums war die Durchbrechung der Ende der siebziger Jahre angeblich herrschenden Tabuisierung des Konservatismus. Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als "christlich-nationale-konservative Partei" profilieren. Kurzum: Man plädierte für eine konservative Erneuerung der CDU und forderte lautstark die "geistig-moralische Wende", die später dank Helmut Kohl regierungsoffiziell wurde.

1989 rückte das "Studienzentrum Weikersheim", das aus Würdenträgern aus Wirtschaft, Klerus und Militär besteht, ins medienpolitische Rampenlicht, weil **Rolf Schlierer**, Landespressesprecher der baden-württembergischen Republikaner, zuvor Pressesprecher der "Deutschen Burschenschaften", als kooptiertes Mitglied im Kuratorium des Studienzentrums geoutet wurde und am 19.Juli 1989 - um das demokratische Mäntelchen zu wahren und die "Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden-rausgeworfen wurde.

Führende Köpfe des Studienzentrums, dessen Bedeutung in den letzten Jahren durch die Entstehung weiterer Denkzirkel am Rande der Union abgenommen hat, sind heute neben Filbinger u.a. **Otto Esser**, Ehrenpräsident der "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA), Brigadegeneral a.D. **Heinz Karst** und Prof. Dr. **Klaus Hornung**, Mitbegründer des "Christlich-Konservativen Deutschland-Forums", dessen Auffassungen zum Asylrecht beim rassistischen "Schutzbund für das deutsche Volk" (SdV; Sitz: Frankfurt) nachzulesen sind.

Schwerpunkt der Aktivitäten des Studienzentrums bilden seit der Gründung Tagungen und Kongresse, die vorrangig gegen Moralverfall, Zügellosigkeit der Medien und Ausverkauf der Deutschen Nation in einer Gesamtzahl von etwa 80 Veranstaltungen durchgeführt wurden. Hierbei bedient sich das Studienzentrum einer geschickten Kombination von demokratischen bis rechtsextremen Referenten, die den Anschein von Seriosität wecken, und es nationalrevolutionären Agitatoren wie **Wolfgang Strauss** (Redaktionsmitglied von "Nation + Europa"), Überfremdungsängste schürenden Professoren wie **Theodor Schmidt-Kaler** (Unterzeichner des Heidelberger Manifestes) und revisionistischen Geschichtsverfälschern wie **Alfred Schickel** ("Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt") ermöglichen, wieder gesellschafts- und hoffähig zu werden.

Als Mitteilungsblatt des "Studienzentrums Weikersheim" dienen die "Weikersheimer Blätter", die in unregelmäßiger Folge zweimal im Jahr mit einer Auflage von 1.500 Exemplaren erscheinen. Regelmäßig werden dort in der Rubrik "Buchempfehlungen" Werke aus dem Kreis der "Weikersheimer" vorgestellt, darunter auch Bücher aus dem revisionistischen Verlagskomplex "Grabert/Hohenrain" (Tübingen). Empfohlen wurde auch ein Buch von **Paul Carell**, "dem Doyen der kriegerischen Zeitgeschichte" ("Criticon"). Hinter dem Pseudonym Carell verbirgt sich **Paul K. Schmidt**, ab 1940 Chef der Presse- u. Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt. Nachzulesen waren in den "Weikersheimer Blättern" daneben u.a. die politischen Gedanken von **Hans-Ulrich Kopp** (Mitglied des "Studienzentrums Weikersheim"), Vorstandsmitglied des revanchistischen "Witiko-Bundes", Mitglied der rechtsextremen "Burschenschaft Danubia" und Ex-Bundesvorstandssprecher der REP.

Geschäftsführer des Studienzentrums ist **Albrecht Jebens**, der selbst im braunen Blätterwald publiziert (z.B. "Zeitenwende") und Periodika wie den "Staatsbriefen", in denen auch der Neonazi-Showstar **Michael Kühnen** zur Feder greifen durfte, "eine geistig brillante Herausforderung von hohen Graden" bescheinigt.

Selbstredend ist, daß über Kongresse und Seminare des "Studienzentrums Weikersheim", das im letzten Jahr erstmals mit einer "Weikersheimer Hochschulwoche" aufwartete und in Giengen an der Brenz auch eine Jugendgruppe "Junges Weikersheim" ins Leben rief, in Rechts-Postillen wie "Junge Freiheit", "Ostpreußenblatt", "Euro-Kurier" des Grabert-Verlages, Nachrichtendienst "DESG-INFORM", "Criticon" und "Nation+Europa", dem führenden ideenpolitischen Organ des bundesdeutschen Rechtsextremismus geworben und berichtet wird.

Nachbemerkung:

Während der Auftritt von **Seebacher-Brandt** in der SPD überwiegend negativ kommentiert wurde, äußerten sich die GRÜNEN nicht über ihr Gründungsmitglied **Rolf Stolz** (Köln), Ex-Aktivist des SDS, der in 10 Thesen auf dem Kongreß "herausarbeitete", daß die Nation geradezu eine Naturnotwendigkeit für den Menschen bedeute und die unerläßliche Voraussetzung für den inneren Frieden sei, weil nur die Nation die Menschenrechte zu schützen vermöge.

Zur innenpolitischen Lage referierte **Hans Martin Zimmermann** von der Polizeiführungsakademie Münster. Er warnte davor, daß "Deutschland zur Drehscheibe des internationalen Verbrechens" werde. **Elisabeth Noelle-Neumann** prognostizierte, daß das Zeitalter der Selbstverwirklichung zu Ende gehe und die Ära der Selbstbeherrschung beginne. **Ulrich Schacht** ("Welt am Sonntag") führte die Auflösungserscheinungen im Bereich der Familie auf deren gezielte Entwertung durch den Marxismus und die "Frankfurter Schule" zurück. Dagegen forderte er die Vermittlung politischer "Tugenden", wie der Liebe zum eigenen Land und das Verantwortungsbewußtsein für den Staat als Hüter des Gemeinwohls.

Oskar Traugott

Konservativer Arbeitskreis aufgelöst

In den Ausgaben der rechtsextremen Zeitschriften "Criticon" (März/April 1993) und "Junge Freiheit" (Mai 1993) gab der "Konservative Arbeitskreis (bzw. Gesprächskreis) Gießen/Mittelhessen" (gegründet Anfang 1992) bekannt, sich in "Konservativer Gesprächskreis Wetzlarer Forum" umbenannt zu haben und seine Veranstaltungen in Zukunft in Wetzlar durchführen zu wollen (beide Zeitungen fungieren auch als Kontaktanschrift für das Wetzlarer Forum).

Begründung: "Nach massiven Störungen der Veranstaltungen des vormaligen Konservativen Arbeitskreises Gießen/Mittelhessen sahen sich die Veranstalter veranlaßt, von Gießen nach Wetzlar umzuziehen. Tätliche Bedrohungen durch die ANTIFA (RAF-Sympathisanten und Autonome) machten dies nötig."

Der "Konservative Arbeitskreis" führte Veranstaltungen mit **Johanna Grund** (Ex-REP-Bundesvorstand, jetzt der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" nahestehend), **Rolf Schlierer** (REP-Bundesvorstand), **Josef Weber** (CDU Hessen, gehört zum "Petersberger Kreis", welcher eine Koalition mit den REPs anstrebt), **Heinrich Lummer** (Republikaner mit CDU-Parteibuch) u.a. im Haus der rechtsradikalen Burschenschaft Dresdensia Rugia in Gießen durch. Folgende Personen zeichneten Verantwortlich für die Einladungen: **Raimo Benger**, Gießen (Studentenverbindung Wingolf Gießen und Redakteur der rechtsradikalen Postille "Junge Freiheit"), **Boris Rupp**, Aßlar (Ex-REP-Bundesvorstand, ehem. stellv. Chefredakteur der "Jungen Freiheit", Autor in verschiedenen rechtsradikalen Zeitungen, jetzt in die Arme der **CDU** Lahn-Dill "heimgekehrt"). Beide unterzeichneten für den Arbeitskreis.

Caspar von Schrenck-Notzing, München (Herausgeber der Zeitschrift "Criticon", Großaktionär bei WMF, Bindeglied zwischen "Konservativen" und Rechtsradikalen) unterzeichnete für das "Institut für konservative Bildung und Forschung" (IKBF) in München und für die Zeitschrift "Criticon".

Zu guter letzt noch **Thomas Mayer** für die rechtsradikale Burschenschaft Dresdensia Rugia.

Bürgerinitiative gegen Asylmißbrauch in Wetzlar gegründet

(Wahlergebnisse in Wetzlar bei der Kommunalwahl 07.03.93: Kreistag: **REP**: 12,2 % = 2.979 Stimmen; **NPD**: 2.5 % = 598 Stimmen. Stadtparlament Wetzlar (REP und NPD traten nicht an): **CDU**: 25,6 % = 6.125 Stimmen, die rechtslastige **Freie Wählergemeinschaft**: 21,2 % = 5.057 Stimmen).

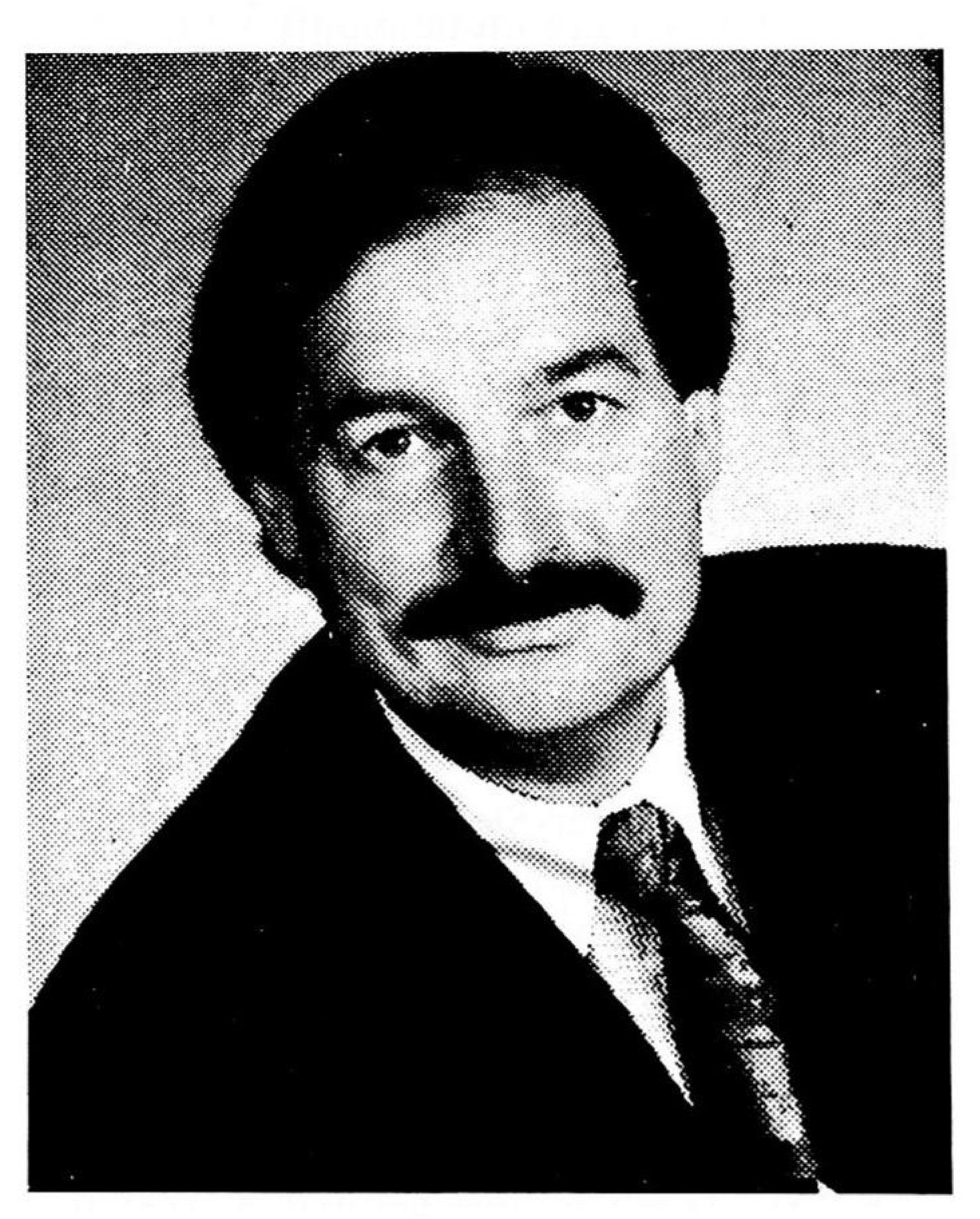
Im Dezember 1992 gründete sich bundesweit das "**Deutschland-Forum**" (neue "Stahlhelm-Fraktion" der CDU/CSU, die den "Liberalen" in der CDU den Kampf ansagen). Bereits im Februar 1993 wurde mit den führenden Vertretern dieser Gruppierung eine Veranstaltung in Wetzlar durchgeführt. Auf dem Podium saßen: Heinrich Lummer (CDU), **Claus Jäger** (CDU) und **Rudolf Karl Krause** (Ex-CDU, jetzt REP, Verfasser der faschistischen, rassistischen "Denkschriften"). Organisiert wurde die Veranstaltung vom "Christlich-Konservativem Deutschland-Forum" (CKDF) Wetzlar.

Die nächste "Überraschung" aus CDU-Kreisen bot ein Pamphlet Namens "Wetzlar-Kurier", das kostenlos an Haushalte im Lahn-Dill-Kreis verteilt wird. Aufgehängt an Auseinandersetzungen unter Flüchtlingen in der Sixt-von-Armin-Kaserne, Wetzlar, titelte das Blättchen in der April-Ausgabe 1993 auf Seite 2 "Schluß mit Asylantenterror. Bevölkerung und Polizei brauchen Hilfe". Ein Artikel übelster Machart (Zitat: "Zu verstehen ist die Selbstbewaffnung sehr wohl (Anm.: der "Bürger"), oder wie würden Sie, liebe Leser (Leserinnen gibts da wohl nicht?), reagieren, wenn - Ihr achtjähriges Kind von zwei Schwarzen vom Bürgersteig geschubst wird, weil es im Weg ist.." usw.usw.).

Herausgeber dieses Pamphlets: Oberstudienrat **Hans-Jürgen Irmer**, Vorsitzender der CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill und seit dem 26.06.93 Abgeordneter im hess. Landtag.

Der bisherige Höhepunkt der CDU-Kampagne war die Gründung der "Bürgerinitiative gegen Asylmißbrauch" am 23.04.93 in Wetzlar. Auf Hochglanzbroschüren, die in der Wetzlarer Innenstadt in fast allen Geschäften auslagen, wurde für die Gründungsveranstaltung geworben. Ein Fahrdienst für ältere Menschen wurde auch angeboten. Ca. 400 BürgerInnen kamen zu der Gründungsversammlung. "Helfen Sie mit, Angst, Schrekken und Kriminalität aus Wetzlar zu verbannen und unsere liebenswerte Stadt wieder lebenswert zu machen!", so tönt es auf dem Flugblatt der Bürgerinitiative.

Die Versuche des Initiators der BI, **Erwin Schade**, die Veranstaltung in moderate Töne zu verpacken ("Wir haben ja nichts gegen Ausländer, aber...) scheiterte an den "Bürgern". Zwischenrufe wie "Mit den Asylanten braucht man nicht Reden, denen muß man's zeigen" oder die Drohung mit "scharfen Hunden" und einem "zweiten Hoyerswerda" brachten die "Bürger" zum toben, sprich: brandender Beifall. Ein weiterer "Höhepunkt" dieser Verstaltung war der versuchte Redebeitrag eines Vertreters des Ausländerbeirats Wetzlar. Mit massiven "Raus,Raus"-Rufen wurde ihm das Wort abgeschnitten.



Fördert rassistische Hetze: Hans-Jürgen Irmer, MdL und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Ein besonderer Gast war an diesem Abend auch noch zu vermelden: **Friedrich Illian** aus Wetzlar, NPD-Mitglied, 1990 Schriftführer im Bundesvorstand der "Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener" (HNG) und Kontaktperson zur "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), war mit seiner Ehefrau ein sicherlich erfreuter Besucher der Veranstaltung.

Der Vorstand der Bürgerinitiative (76 Mitglieder vor der Versammlung) setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Vorsitzender **Klaus Germann**, Vize **Horst Jenkel**, Schriftführer **Werner Jochim** (CDU), Kassierer **Wolfgang Leipscher**, Beisitzer **Werner Stephan**, **Werner Gail** und **Erwin Schade**.

Zwei der Aktivisten der BI, **Werner Jochim** und **Michael Fischer**, kandidierten bei der hess. Kommunalwahl 1993 für die CDU Wetzlar.

Ach ja, Wetzlars Oberbürgermeister **Walter Froneberg** (SPD) begrüßte die Gründung der Bürgerinitiative. Sie erleichtere seine Verhandlungen mit der Landesregierung (über Unterbringung von Flüchtlingen).

Erste Treffen mit der BI haben stattgefunden.

Eine weitere Bürgerinitiative im Lahn-Dill-Kreis machte kürzlich ebenfalls von sich reden: die BI "Bürger für Seelbach" aus dem Örtchen Herborn-Seelbach. Gegen den Chef der BI, **Julius Decker**, wird (von Amts wegen!) wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. Der pensionierte Handwerksmeister hatte am 28. März 1993, bei der Vorstellung der BI auf dem Herborner Marktplatz, Asylbewerber u.a. als "Fremdurlauber" und "Schmeißfliegen, die uns das Blut aussaugen" bezeichnet.

Politische Entmündigung

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ihrer Hamburger Stipendiatengruppe die Teilnahme an einer im Januar diesen Jahres stattgefundenen Veranstaltung unter dem Motto "Kultur gegen rechts" untersagt. Angesichts der Tatsache, daß die "gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus" gerichtete Veranstaltung von den ASten der vier Hamburger Hochschulen getragen wurde, ist die Begündung der Hans-Böckler-Stiftung schon bemerkenswert. In zwei Schreiben geben die HBS-Vorstandsvertreter Frank von Auer und Uwe Dieter Steppuhn einen Einblick in ihr Faschismus-Verständnis und demonstrieren ein Demokratieverständnis, das eigentlich innergewerkschaftlich überwunden sein sollte.

Als störend empfinden der Stiftungsgeschäftsführer von Auer und Steppuhn die Verwendung des Begriffes Faschismus, der - "sofern er auf Deutschland angewandt wird - .... ein bewußt schwammig gehaltener kommunistischer Kampfbegriff" sei, "der undifferenziert und verallgemeinernd gegen politische Gegner verwendet wird." Fast wie abgeschrieben aus einem konservativen politischen Lexikon heißt es weiter, daß "Faschismus" ein verharmlosender Begriff sei, "weil er die Geschichte z.B. Italiens unter Mussolini und den deutschen Nationalsozialismus gleichsetzt, also die unterschiedlichen ideologischen Ausprägungen und unterschiedlichen Auswirkungen der entsprechenden Bewegungen in Italien und Deutschland einebnet." Die Einwendung der Hamburger StipendiatInnen in einer Resolution vom 13.1.93, daß der Begriff Faschismus kein kommunistischer Kampfbegriff sei, sondern auch in dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Lexikon der Politik "Gesellschaft und Staat" sowie von zahlreichen Historikern, u.a. Golo Mann verwendet wird und der "Nationalsozialismus als die deutsche Form des Faschismus bezeichnet" wird, stört die Funktionäre der Hans-Böckler-Stiftung nicht. Die lapidare Antwort: "zur undifferenzierten Verwendung des Begriffes `Faschismus´ haben wir uns bereits geäußert."

Dementsprechend setze auch - so von Auer und Steppuhn - "die undifferenzierte Verwendung dieses Begriffs für den historischen Nationalsozialismus und die fremdenfeindlichen Übergriffe in der Gegenwart ... Unvergleichliches gleich", blockiere eine sorgfältige Analyse der Ursachen der aktuellen Fremdenfeindlichkeit und verhindere damit wirkungsvolle politische Aktionen zum Schutz von Ausländern.

Ebenfalls auf Ablehnung der HBS-Vertreter stieß die Aufruf-Formulierung, daß "die Reaktionen verantwortlicher PolitikerInnen, die die Opfer zu den Schuldigen machen" Anlaß gäben, den 30. Januar zu einem antifaschistischen Aktionstag zu machen. Dem wurde in Verkennung unbestreitbarer Fakten, wie z.B. das Polizei-Verhalten in Rostock, entgegengehalten, daß "Bundes- und Landesregierungen, Rechtsprechung und Polizei ... nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten demonstriert (haben), daß sie Angriffe auf Ausländer und entsprechende Einrichtungen nicht hinnehmen." Auf den Verweis der StipendiatInnen, daß es eine offensichtliche Tatsache sei, "daß gerade führende Politiker mit ihrer nicht enden wollenden parteitaktisch geführten Diskussion zur sog. Asylproblematik wesentlich mitbeigetragen haben zu einer Verschärfung der Feindlichkeit gegenüber AsylbewerberInnen und AusländerInnen" antworten die HBS-Vertreter nur diffamierend: "Wem zu den großen Parteien nicht mehr einfällt als eine pauschale Diffamierung, treibt die Menschen unter dem schönen Titel `Kultur gegen Rechts´ in die Fänge der Rechten."



Mangelhafte Differenzierungsfähigkeit: Das Symbol der Rock-gegen-Rechts-Bewegung auf dem Entwurf des Veranstaltungsplakats wird als "Sowjetstern" identifiziert.

Sauer aufgestoßen ist den HBS-Funktionären auch die Aufruf-Formulierung, daß CDU-Regierung und SPD-Opposition "in neugewonnener `nationaler Eintracht´ den Abbau politischer und sozialer Rechte (geplante Grundgesetzänderung, angestrebter Solidarpakt)" betreiben. In der Ablehnung der HBS werden die StipendiatInnen dagegen auf eine politische Linie festgelegt, die auch innerhalb der Gewerkschaften nicht unumstritten ist: "Aber muß es für StipendiatInnen und Stipendiaten eines gewerkschaftlichen Studienförderungswerkes nicht Anlaß zur Nachdenklichkeit und einer zutreffenden Einschätzung sein, daß die Gewerkschaften in diesem Jahr zurückhaltende Tarifforderungen stellen?" Eine grundlegendere Kritik an gesellscchaftlichen Problemen und staatlichen Lösungsangeboten ist bei der Hans-Böckler-Stiftung nicht mehr gefragt. Die StipendiatInnen sollen auf die Politik der beiden Großparteien eingeschworen werden: "Wer die Lebenssituation vieler Menschen in den neuen Bundesländern ernst nimmt, wird kaum etwas gegen die verantwortungsvollen Versuche führender Politiker in den beiden großen Volksparteien einwenden, die großen Herausforderungen an Gesellschaft und Politik in `nationaler Eintracht´ zu bestehen."

KritikerInnen dieser "nationalen Eintracht" von links werden dann als die eigentliche Gefahr gesehen und diffamiert: Das Flugblatt - so von Auer und Steppuhn - "entspricht in Inhalt und Sprache den sattsam bekannten Versuchen von SED und DKP aus vergangenen Zeiten, die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland grotesk zu verzeichnen und damit das demokratische System, die es tragenden politischen Parteien, seine Institutionen und seine Repräsentanten herabzusetzen. Wer das Ende der Weimarer Republik im Gedächtnis hat, wird die Unkultur der Rechten nicht mit kommunistischer Unkultur bekämpfen."

Nach diesem Bekenntnis zur Totalitarismus-Doktrin, demonstrieren die beiden Funktionäre, zu welchen Differenzierungen sie fähig sind: "Vollends unerträglich ist die Verwendung des Sowjetsterns als Symbol für eine solche Veranstaltung." Der inkriminierte fünfzackige Stern (siehe Abbildung), der durch nichts als Sowjetstern zu identifizieren ist (und u.a. auch von der US-Airforce benutzt wird), ist dann der letzte Punkt in der Begründung dafür, daß sich die Hans-Böckler-Stiftung "unter diesen Umständen nicht in der Lage (sieht), die Veranstaltung der vier Hamburger ASten finanziell zu fördern und die Hans-Böckler-Stiftung in einen Zusammenhang mit dieser Veranstaltung zu bringen. Dieses schließt eine wie auch immer geartete Mitträgerschaft oder Beteiligung einer Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung aus." (Kt)

Rassistischer Fahndungsaufruf legalisiert

Am 17.3.93 wurde u.a. von Claudia Roth gegen **Harald Neubauer**, als Vertreter für die rechtsradikale "Deutsche Liga" Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Amtsanmaßung gestellt. Neubauer hatte eine "Belohnung von 1.000 DM für Hinweise ausgesetzt, die zu der Ergreifung der Nidar Pampurova" führen. Nidar Pamurova wurde am 14.1.93 festgenommen und in das mazedonische Skopje abgeschoben. Diese Abschiebung führte bei 100.000 KölnerInnen unter dem Motto "Arsch huh - Zäng useinander" zu einem antirassistischem Signal. Mit der Hilfe von deutschen Freunden reiste Nidar Pampurova jedoch wieder in die Domstadt ein, wo sie sich nun gemeinsam mit ihrem Mann und ihren Kindern versteckt hält. Das gegen die "Deutsche Liga" eingeleitete Strafverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Köln ohne Ermittlungen eingestellt, "...weil der Inhalt der...Pressemitteilung der -Deutschen Liga-nicht gegen Strafbestimmungen verstößt." Weiterhin stellt die Staatsanwaltschaft fest, daß "...es jedermann freisteht, eine Belohnung auszusetzen, um einen flüchtigen Straftäter zu ergreifen."!?

Hartmut Power und Blue Pine

Antifaschistische Selbsthilfe

Sturm militanter Neo-Faschisten auf ein Jugendzentrum verhindert.

Am 8. Mai fand im Auricher Jugendzentrum "Schlachthof" eine Feten-Veranstaltung mit AusländerInnen aus der Region statt. Das Fest begann um 18.00 Uhr und fand um ca. 21.00 Uhr ein jähes Ende: ca. 100 militante Neo-FaschistInnen aus dem Spektrum der Nationalen Liste (Hamburg), der Neuen Deutschen Jugend aus Norden (NDJ) und der verbotenen Organisationen Nationalistische Front (NF) und Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) versuchten, daß Jugendzentrum anzugreifen. Dank der besonnenen Selbsthilfe von einem Dutzend AntifaschistInnen konnte dieser Angriff abgewehrt werden. Die Neo-Faschisten hatten sich zuvor im 100 km entfernten Oldenburg zu einer konspirativen Veranstaltung getroffen, die **Christian Worch** von der Nationalen Liste aus Hamburg einberufen hatte.

Bereits zwei Tage vor der Oldenburger Veranstaltung informierte der niedersächsische Verfassungsschutz die Oldenburger Polizei über das Vorhaben von **Christian Worch.** Schon während der Anreise zum Veranstaltungsort beobachteten VS und Polizei die Neo-Faschisten. Selbst bei der geschlossenen Veranstaltung waren Polizeikräfte zugegen. Um 19.10 Uhr wurde die Konspiration vom Veranstaltungsleiter Worch aufgehoben. Von den ca. 200 anwesenden Neo-FaschistInnen, darunter der DKBler **Thorsten de Vries** (Wilhelmshaven) und der HNG-ler **Markus Privenau** (Bremen), brachen ca. 100 sofort Richtung Aurich auf. An der Tankstelle in Remels versorgten sie sich mit Alkohol; Waffen und diverses Propagandamaterial lagen schon in den 20 PKWs und Kleinbussen. Eine aufmerksame Tankstellenkundin erblickte die NeofaschistInnen und fragte nach deren Vorhaben. "Wir fahren nach Aurich und machen da 'ne Fete platt", war die Antwort eines Neo-Faschisten. Daraufhin alarmierte die Kundin über den Notruf 110 die Polizei. Obwohl die Polizei längst bestens informiert war, löste auch dieser Notruf keine besonderen Aktivitäten aus. Es wurden weder die TeilnehmerInnen der Fete im "Schlachthof" noch andere Veranstaltungen im Raum Ostfriesland vor der Faschisten-Truppe gewarnt. Im Gegenteil, die aus verschiedenen Richtungen in Aurich einfahrenden Neo-FaschistInnen wurden sogar von der Polizei mit Blaulicht ohne Lalülala zum Jugendzentrum begleitet. Mit Rufen wie "Ausländer raus - Deutschland den Deutschen", "Schlagt die rote Brut tot" zog die Truppe in Richtung Jugendzentrum. Gegen 21.00 Uhr wehrten sich AntifaschistInnen gegen diesen Angriff, nach dem klar wurde, daß sieben mit Schirmmütze und Polizeikelle ausgerüstete Polizisten ihnen nicht genügend Schutz bieten konnten. Mehr Kräfte hatte die Auricher Einsatzleitung (Bremer) nach 1 1/2 std. Vorbereitungszeit nicht auf die Beine stellen können. Als die Streifenwagen aus Oldenburg und anderen Städten gegen 21.45 Uhr anrückten, stieg die Zahl der teilnehmenden Polizisten schließlich auf fast 100 Mann. Auch diese Kräfte vermochten die abrückenden Neo-FaschistInnen nicht aufzuhalten, ganze 23 von ihnen konnte die Polizei kurzfristig aufhalten und die Personalien feststellen.

Angesichts der Informationslage der Polizei vor dem Angriff der Neo-FaschistInnen bleibt die bittere Frage: warum wurde diese hinterhältige Attacke gegen eine AusländerInnenfete nicht rechtzeitig durch Bereitschaftspolizei aus Oldenburg gestoppt? Schließlich hat die BePo aus Oldenburg im Einsatz gegen linke Veranstaltungen immer rabiat zugeschlagen.

Gründe für das Fehlverhalten der Polizeikräfte, das besser mit Beihilfe zu schwerem Landfriedensbruch und unterlassener Hilfeleistung umschrieben wäre, gibt es genügend. Der Einsatzleiter vor Ort, sowie seine Kollegen von der politischen Polizei leugneten bisher alle Fakten, die auf eine organisierte neo-faschistische Szene im Weser-Ems-Raum schließen lassen. Der Chef der Kripo in Weser-Ems, Axel Rott, ordnet in einem Zeitungs-Gespräch mit der NWZ Christian Worch der FAP zu und vergleicht diesen auch noch im Gespräch mit einem "Rechte Rand"- Redakteur mit dem chinesischen Parteitheoretiker Den Xiao Peng. Beide, so Rott, wirkten im Hintergrund, ohne ein richtiges Amt auszufüllen. Bei soviel Unkenntnis in Sachfragen, kann in der polizeilichen Praxis vor Ort auch keine Verhinderung von fremdenfeindlichen Aktivitäten erwartet werden. Ein weiterer leitender Polizeibeamter aus dem benachbarten Norden leugnete in einem Beitrag von SAT.1 die Organisierung der Neo-FaschistInnen in Ostfriesland. Der Beamte ist selber Mitglied bei der Unabhängigen Wählergemeinschaft und hat sich Anfang der achtziger Jahre im polizeilichen Kampf gegen HausbesetzerInnen seine Lorbeeren verdient. Der Regierungspräsident im Bezirk Weser-Ems, Dr. Bode (SPD), ließ schon vor Monaten in der Nord-West-Zeitung verbreiten, daß die Schlacht gegen Rechtsextremisten noch nicht gewonnen sei. Wie auch? Zwar behauptet der amtierende Innenminister Glogowski (SPD), daß der VS in Niedersachsen das beste Informanten-Netz in der Bundesrepublik im Bereich der Neo-Faschisten aufgebaut habe und fordert gleich 80 Millionen DM für den Ausbau der Polizei, aber an Ergebnissen werden laufend Fehleinschätzungen produziert. So mußte die Einsatzleitung in Aurich öffentlich zugeben, ebenfalls über SAT.1, daß ohne den Einsatz der AntifaschistInnen der "organisierte Schlag" der Neo-FaschistInnen nicht hätte abgewehrt werden können. Die AntifaschistInnen würden auch nicht 80 Millionen DM benötigen, um das Treiben der Neo-FaschistInnen im Raum Weser-Ems zu beenden.



Anti-Antifa

Eine Anzeige des "Rechten Randes" gegen die Anti-Antifa Bonn wurde u.a. mit der Begründug angelehnt, daß eine bundesweite Organisierung nicht erkennbar sei. Das Mainzer "Nationale Info Telefon" hat nun den Gegenbeweis angetreten. ‚In einer Durchsage vom 25. Mai wurden die Kontaktadressen für Anti-Antifa-Gruppen bekanntgegeben:

"Wie angekündigt, werden heute alle Anti-Antifa-Gruppen in der gesamten BRD genannt. Wer also sachdienliche Hinweise über Strukturen, Arbeitsweisen, personelle Zusammensetzungen, Fotos, KFZ-Kennzeichen, Antifa-Publikationen usw. über die selbsternannten Antifaschisten machen kann,die zur Erforschung über antifaschistische oder autonome Zusammenhänge behilflich sind, kann sich jederzeit an folgende Adressen wenden:

- Anti-Antifa Hamburg, c/o Nationale Liste, Pf 601924, 2000 Hamburg 60
- Anti-Antifa Bremen, Pf 1025 41, 2800 Bremen
- Anti-Antifa Berlin, Pf 24, 1040 Berlin
- Anti-Antifa Berlin, Pf 342, 1060 Berlin
- Anti-Antifa Köln, PLK 167095E, 5000 Köln
- Anti-Antifa Bonn, Pf 300126, 5300 Bonn
- Studentenbund Schlesien (AK2), Pf 3827, 3400 Göttingen
- Anti-Antifa Duisburg, Pf 120523, 4100 Duisburg
- Anti-Antifa Rhein-Main, PLK 016657 C, 6000 Frankfurt M
- Anti-Antifa Mainz, Deutscher Informationsdienst, AK Anti-Antifa, Pf 1725, 6500 Mainz
- Anti-Antifa Rhein-Neckar,c/o Manfred Huck, Pf 102847, 6900 Heidelberg
- Anti-Antifa Witten Pf 5045 ist gesperrt, schickt also keine Post dort hin.

Natürlich könnt ihr euch noch an alle anderen nationalen Organisationen wenden, die Infos werden dann weitergegeben."

Angriff nach Polizeikontrolle

Am 5. 7. 93 wurden im Bereich Gifhorn bei einer Verkehrskontrolle in einem Pkw fünf Brandsätze und mehrere Spuckis der NSDAP/AO von der Polizei sichergestellt. Bei den Insassen hat es sich um Bundeswehrangehörige gehandelt, die nach der Kontrolle wieder von der Polizei entlassen wurden. 23 Stunden später haben sie, wie schon bereits bei der Polizei angekündigt, mit weiteren Personen aus der rechten Szene ca. 20 Personen, die der linken Szene zugerechnet werden, in einem Camp am Bahnhof von Gifhorn angegriffen. Dabei wurde ein Angegriffener lebensgefährlich verletzt (Schädelbruch).

Frank Eßers

"Rassegeister" und Wassermannspuk

Die Neue Akropolis

In München hat eine international arbeitende Vereinigung ihren Hauptsitz, die über ein harmlos anmutendes Vortrags- und Kurs-Programm versucht, faschistische Mystik wieder hoffähig zu machen.

Zugute kommt diesem sogenannten 'freien philosophischen Zentrum e.V.' der allgemeine Esoterikboom und Nirwana-Nepp, der mit der zunehmenden Entfremdung des Menschen von der Natur im High-Tech-Kapitalismus einhergeht. Dementsprechend finden sich bei den Vorträgen viele ökologisch bewegte Menschen, die auf der Suche nach Möglichkeiten sind, der zynischen Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Profitideologie der herrschenden Klasse zu entkommen. Die Lösung der Probleme wird alleinig in einer geistigen Erneuerung aller Menschen hin zu mehr Umweltbewußtsein gesehen, ohne allerdings die materiellen Machtverhältnisse im Kapitalismus untersuchen bzw. ändern zu wollen. Zumal nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus im Ostblock der Rückzug ins 'private Paradies' dem Klassenkampf für eine humane Welt gleichberechtigter Individuen vorgezogen wird. Wie alle anderen Sekten auch, macht sich die **NEUE AKROPOLIS** genau diese Entwicklung zunutze:

Über ein auf den ersten Blick harmlos erscheinendes Kursangebot vermittelt die Vereinigung ihre Idee von einem neuen Menschen und einer 'neuen Staatsform' in einer 'neuen Zeit' (das sog. 'Wassermannzeitalter' oder 'New Age'), in der "die allmächtige[!] und allgegenwärtige[!] Regierung [...] die Gewähr [ist] für geistige, seelische und körperliche Beständigkeit". Daß 'der neue Mensch' eher ein neuer Aufguß eines altbekannten Determinismus ist, läßt sich in den Schriften des Gründers **Jorg Angel Livraga Rizzi** nachlesen: "Wenn im neuen Staat jeder seinen Beruf gewissenhaft erfüllt, ist der gute Regierende nicht besser als der vollkommene Geschirrwäscher, jeder hat seine Rolle, die ihm entspricht [...]" (1). Dabei sind "Ordnung und Disziplin eigentlich natürliche Elemente [...], die nur die Verschmutzung der Nachkriegszeit [die Demokratie, Anm. d. Verf.] aus unserem kulturellen Bewußtsein verschwinden ließ" (2). Von Demokratie hält Rizzi nichts: "Was unsere modernen Demokratien betrifft, sind sie nichts anderes als riesige psychologische Höhlen, Tempel von Sklaven, die über täuschende Schatten reden, die ihnen ihre Führer zeigen, um sie zu betören" (1). Was den eigenen Führerkult betrifft, geben geheime interne Schriften Auskunft, so daß "Handbuch des Führers", in dem vom "heiligen erhobenen Arm" der Mitglieder geschwärmt wird.

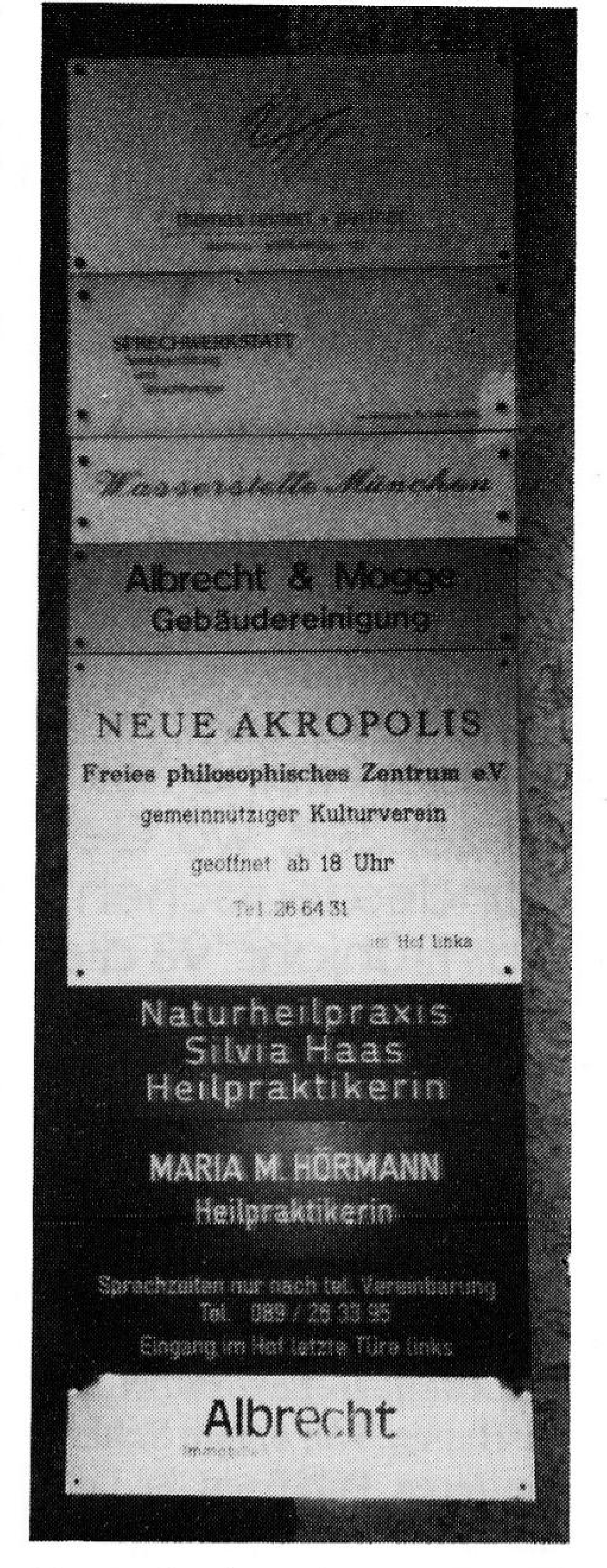
In der Tat stellt sich die NEUE AKROPOLIS bewußt in die Tradition faschistischer Organisationen. Sie zählt z.B. die Theosophie der **Helena Petrowna Blavatsky** (1831 - 1891) zu ihrem ideellen Hintergrund, welche die Menschheit nach 'Wurzelrassen' ordnet, deren fünfte und bisher höchste Stufe die der 'arischen Wurzelrasse' ist, an deren Spitze wie durch geheimnisvollen Zufall die 'germanisch-nordische' steht. Mit diesem Wahngebilde hatte die von Rizzi 1957 gegründete Sekte in Francos Spanien Erfolg. Die frankistisch geprägte Leiterin der östereichischen Sektion, **Maria Paz de Benito**, antwortete 1983 auf einer Veranstaltung in Wien auf die Frage, ob die NEUE AKROPOLIS faschistisch sei, daß der Faschismus an sich ja etwas Gutes sei. Von den Nazis hingegen wird Abstand gehalten, vorwiegend deshalb, weil sie den 2. Weltkrieg verloren haben: "Der Ausgang des 2. Weltkrieges sowie die Entstellung und Verzerrung der Kriegsereignisse danach führten zu einem wucherndem Wachstum der in jedem Menschen psychologisch latenten Instinkte und Gedankenformen. Diese Gedankenformen vereinigten sich [...] zu Tumoren [...] wie Sartre [...] Kafka oder [...] Picasso [...]" (3).



Logo der "Neuen Akropolis

Die Praxis entspricht der Theorie: ein eigener Sicherheitsdienst hat die Aufgabe, über "die innere Ordnung zu wachen und die Personen und das Glück der 'Neuen Akropolis' zu bewahren" (1). Rizzi formulierte die Folgen einer Zuwiderhandlung eindeutig: "Es ist ein größeres Verbrechen, eine Ameise grundlos zu töten, als einen Menschen im Namen eines Ideals, das das rechtfertigt zu töten [...] Es kann sogar ein Akt der Liebe sein, einen verirrten Bruder von seinem Vorhaben abzubringen - wenn kein anderes Mittel ausreicht, im extremsten Fall durch den Tod, wenn dadurch zumindest für diese Welt Schrecken und Leid verhindert werden können" (4).

Der/die Interessierte bemerkt von alldem zunächst nichts und gewinnt den Eindruck eines friedlichen Kulturvereins. Dieser trügerische Eindruck entspricht der Taktik des Gründers: "Die Propaganda darf nicht erschrecken, noch übermäßig Widerhall hervorrufen wegen des Risikos, als suspekt betrachtet oder zurückgewiesen zu werden. Ein harmlos wirkender Aufruf zur Teilnahme an Kursen und Vorträgen ist viel nützlicher als eine erdrückende Darstellung von mysteriösen Symbolen oder rätselhaften Sätzen, die für uns klar sind, aber für Außenstehende mit obskuren Botschaften überlastet" (1).



Zentrale der als gemeinnützig anerkannten Sekte "Neue Akropolis"

Mit diesem Auftreten entspricht die NEUE AKROPOLIS, wie viele moderne Sekten, nicht länger dem herkömmlichen Image einer buntbekleideten Schar herumtollender Geistwesen. Das nach außen scheinbar offene Auftreten moderner Sekten als Partei, Kulturverein oder Psycho(therapie)guppe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach innen meistens ein streng hierarchisches Führerprinzip herrscht und oft rechte politische Inhalte vertreten werden. Die NEUE AKROPOLIS macht keine Ausnahme, im Gegenteil: Schritt für Schritt werden neue Mitglieder an Rizzis faschistisches Gedankengut herangeführt und die strenge Geheimdisziplin innerhalb der Sekte soll dafür sorgen, daß dieses Ziel nicht zu früh erkennbar wird und abschreckt.

Letztlich kann es nur darum gehen, die Bedürfnisse der Esoterikbegeisterten aufzugreifen und ihnen eine revolutionäre, sozialistische Alternative zum Destruktivismus kapitalistischer Ellenbogenmentalität zu bieten. Aufzuzeigen bleibt, daß nicht die individuelle Flucht in eine Scheinwelt, sondern nur der gemeinsame Kampf gegen die Ausbeuter in Industrie, Wirtschaft und Politik die zynischen Zustände ändern kann, die letztlich in die wirtschaftliche und ökologische Katastrophe führen. Anders ist den Neppern, Schleppern und Bauernfängern der NEUEn AKROPOLIS und anderer Sekten nicht beizukommen.

Quellen:

(1) nach: Die braune Akropolis, Münchner Lokalberichte vom 2. April 1993;
(2) J.A. Livraga: Ordnung und Disziplin wozu?, in: Neue Akropolis, Nr. 27, Wien 1986;
(3) nach: Mutter Erde/Magie und Politik, Gugenberger/Schweidlenka, Wien 1987;
(4) Livraga: Gespräche 91

Andreas Speit

Rowohlts tödlicher Liberalismus gefährdet Behinderte

Einhergehend mit der "Neuen Euthanasiediskussion" und dem erstarkenden Rassismus in Deutschland, ist die Behindertenfeindlichkeit in den letzten Jahren stetig gestiegen. Nachrichten über Beschimpfungen, Anschläge und Attentate sind nur deshalb eine "Seltenheit", weil sie keine Seltenheit mehr sind, und somit für die Medien keine "Sensation", über die berichtet werden müßte. In dieser Zeit, wo Gewalt gegenüber Behinderten immer mehr zum bundesdeutschen Alltag gehört, plante der Rowohlt Verlag für das Frühjahr '93 die Veröffentlichung des Buches 'Should the baby live?' von Helga Kuhse und Peter Singer unter dem deutschen Titel "Muß das Kind am Leben bleiben?".

Dr. Helga Kuhse und Prof. Dr. Peter Singer aus Melbourne sind im angelsächsischen Sprachraum mit die bekanntesten und führendsten "EuthanasiebefürworterInnen"/PropagandistInnen. Mit einem Schlag wurden sie einem breiteren Publikum in Deutschland bekannt, als sie zu einer Tagung unter dem Titel "Bio-Technik-Ethik-Geistige Behinderung" im Juni 1989 von der Bundesvereinigung der Lebenshilfe in Marburg eingeladen wurden. Für den 6. Juni stand ein Vortrag verfaßt von Helga Kuhse und Peter Singer "Zwischen Leben entscheiden" auf dem Programm. Das brachte die gesamte Tagung zum Scheitern, da es wegen diesem Vortrag massive Proteste aus dem Bereich der Krüppelbewegung, der Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und Personen aus der Behindertenarbeit gab.

In diesem Vortrag wollten sie - nach dem im voraus eingereichten Text - erläutern, daß für sie zu einer Person ein "Mindestmaß an geistiger Kapazität, das nötig ist, um Bedürfnisse und Wünsche über die eigene zukünftige Existenz zu haben", gehört(1). Die Schlußfolgerungen von Singer und Kuhse "weder ein Fötus noch ein Neugeborenes kann solche Bedürfnisse haben; und da sie die Fortsetzung ihrer Existenz nicht wünschen oder bewerten können, so ist der Verlust des Lebens für sie eigentlich eher die Nichtentstehung einer potentiellen zukünftigen Person als der Tod einer realen Person" (2). Hinter diesen Äußerungen stecken Überlegungen, wer ein Mensch - oder mit ihren Worten - eine Person, bzw. wer kein Mensch, eine "Nicht-Person" ist. Im Rahmen dieser Definitionsversuche wird den "Nicht-Personen" (behinderte Babys, behinderte Menschen bzw. alle, denen sie ein menschliches Bewußtsein und die Fähigkeit zum individuellen Glück absprechen) das Lebensrecht abgesprochen und ihre Tötung propagiert. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, wo solche Überlegungen und Diskussionen enden können: in den Vernichtungsanstalten Hadamar, Grafeneck etc. und in den Zwangssterilisationsinstitutionen des "3. Reiches". Das hielt den Rowohlt Verlag zuerst nicht davon ab, diese Position für diskussions- und veröffentlichungswürdig zu halten.

Im Vorfeld der Frankfurter Buchmesse '92 organisierte das oben skizzierte Spektrum verschiedene Aktionen, Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen mit dem Ziel, die Veröffentlichung des Buches zu verhindern. Allerdings lief dies nicht so "reibungslos" und "höflich" ab. Ganz im Gegenteil.

Nach einer Aktion vor dem Rowohlt Verlags-Stand auf der Frankfurter Buchmesse gab Rowohlt eine Presseerklärung heraus, in der betont wurde, daß "es sich um reale Probleme handelt, die nach einer Lösung schreien, und daß die Überlegungen und Positionen von Helga Kuhse und Peter Singer bei der Lösung hilfreich sein können, und sie wollen diesen auch Gehör verschaffen. Viele Leser könnten dann das ernste Bemühen der Autoren um eine barmherzige Antwort auf die Grenzfragen der Humanität feststellen" (3). Den Verantwortlichen bei Rowohlt scheint nicht bekannt oder bewußt zu sein, daß die T4-Aktion, die Euthanasiemaßnahmen im 3. Reich, ebenso als ein "humaner", "erlösender" Akt dargestellt und propagiert wurde.

Desweiteren weist Rowohlt alle Versuche zurück, "den Verlag in die Nähe totalstaatlicher rassistischer Ideologien zu rücken", hierbei wird auf die Verlagsgeschichte hingewiesen.

Daß diese nicht ganz so rühmlich war, beschreibt Wilhelm Speyer in einem Brief an Walter Benjamin 1933: "Von Rowohlt höre ich, daß er sehr wackeln soll: Aber da ändern sich die Nachrichten täglich. Er versucht sich umzustellen, er trudelt geradezu vor Umstellung, wie ein Hund, der seinen Platz auf dem Kissen behalten will. Rowohlt sollte in dem Haßroman nicht fehlen, denn er ist der Deutsche unserer Tage: treuherzig, tückisch, charakterlos und ideal gesinnt" (4). Manchmal ist das Alte das Aktuellste!

Die Presseerklärung endet mit den Sätzen: " Der Vorwurf des Faschismus fällt auf jene zurück, die sich mit radikalen Aktionen jeglicher Diskussionen verweigern und allen Argumenten verschließen" (5). Dies läßt erahnen, was für eine Faschismusanalyse bei Rowohlt vorherrscht. Diejenigen, die sich gegen eine Faschisierung der Gesellschaft zu wehren versuchen, werden mit Neofaschisten gleichgesetzt.. Menschen, die um ihr Lebensrecht erneut in Deutschland fürchten müssen und Opfer von Übergriffen und Gewalttaten sind, werden mit den Tätern auf eine Stufe gestellt, sobald sie sich wehren.

Dieser Vorwurf des Faschismus oder aber zumindest des "Undemokraten" wurde im Laufe der Auseinandersetzung mit Rowohlt noch mit anderen Argumenten verknüpft.. So seien die Proteste gegen das Buch eine vorweggenommene "Bücherverbrennung" (6) und mit dem Versuch, die Diskussion über Singers und Kuhses Thesen zu verhindern, bewiesen diese Kreise ihr "undemokratisches" Denken, welches eine "freie objektive wissenschaftliche" Diskussion behindere bzw. erst gar nicht zuließe.

Das letzgenannte Argument wurde im Verlauf der sog. "Neuen Euthanasiediskussion" die seit Anfang der 80er Jahre intensiver läuft, immer dann ins Feld geführt, wenn auf die tödlichen Konsequenzen dieses "Euthanasie"-/Eugenik-Diskurses hingewiesen wurde. Doch auch für Rowohlt scheint die "Freiheit der Diskussion" und die "Freiheit der Wissenschaft" auch dann noch mehr zu bedeuten, wenn sie dazu mißbraucht wird, anderen das Lebensrecht abzusprechen.

Zwischen den Zeilen versucht Rowohlt aber auch noch zu vermitteln, daß dieses Buch nötig sei, um sich mit Singer, Kuhse und anderen "EuthanasiebefürworterInnen" intensiver und qualifizierter (man würde ja dann erst ihre Thesen kennen) auseinandersetzen zu können.

Dabei sind insbesondere Singers Thesen hinlänglich bekannt. Schon 1984 erschien die erste deutsche Ausgabe von Singers Buch "Praktische Ethik" bei Reclam. Mittlerweile dient dieses Buch auch schon im Rahmen von Philosophie-, Pädagogik- und Behindertenpädagogikvorlesungen sowie Seminaren teilweise als "Arbeitsgrundlage" z.B. bei Vorlesungen von Prof. Christoph Anstötz (Uni Dortmund), Prof. Dieter Birnbacher (Uni Essen), Prof. Rainer Hegselmann (Uni Bremen), Georg Meggle (Uni Saarbrücken). Nur drei Zitate aus dem Buch, die die Intention von Singers Thesen charakterisieren (und die anfängliche Interpretation des Zitates von Singer und Kuhse untermauern). ""Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht". "Ist ein Wesen nicht leidensfähig oder nicht fähig, Freude oder Glück zu erfahren, dann gibt es nichts zu berücksichtigen". "Im Rahmen dieser Ethik ist es möglich, und notwendig, lebenswertes und lebensunwertes zu unterscheiden und das lebensunwerte zu vernichten".(7)

Desweiteren sind auch schon etliche Veröffentlichungen aus dem umrissenen Personenkreis in Fachzeitungen, wie Deutsches Ärzteblatt (Ausgabe 19, April '90) oder auch bei Suhrkamp (Zur Debatte über Euthanasie, Hg. R. Hegselmann/R. Merkel, 1991) erschienen.

Während in der "Praktischen Ethik" die Personengruppe skizziert wird, die von ihrem "Leid erlöst" werden soll, gehen Singer und Kuhse in "Should the baby live?" einen Schritt weiter.

Schon im zweiten Satz des Buches wird die Frage "Should the baby live?" unmißverständlich beantwortet: " Wir meinen, daß Kinder mit schwersten Behinderungen getötet werden sollen"(8). Der weitere Inhalt des Buches beschäftigt sich mit der Frage, wie diese Tötung organisiert und der Entscheidungsprozeß für die Tötung strukturiert sein sollte.

Im Stillen hoffte der Rowohlt Verlag wohl, daß die Proteste abebben würden, er mit seiner Argumentation sein "liberales" Gesicht bewahren und wenn dann "Ruhe" eingekehrt wäre, das Buch still und leise auf den Markt bringen könnte. Daß diese Strategie nicht griff, merkte der Verlag deutlich, als für den 4. Mai '93 eine demonstrative Übergabe einer Unterschriftensammlung (ca. 6000 Unterschriften) gegen die Veröffentlichung des Buches von "autonom leben" Hamburg und von der "Krüppelfrauengruppe Bremen" angekündigt wurde.

Als Reaktion auf diese Ankündigung sagte der Verlag die Veröffentlichung von "Should the baby live?" ab. Es hatte dem Rowohlt wohl gereicht. Daß er dennoch darüber nicht "erfreut" war, machte Dr. Michael Naumann, Leiter des Rowohlt Verlages in zwei Briefen an "autonom leben" und die "Krüppelfrauengruppe Bremen" nur zu deutlich. An die "Krüppelfrauengruppe schrieb er: "Sehr geehrte Damen, die Reise nach Reinbek können sie sich sparen. Ihre Unterschriftensammlung wird nicht entgegengenommen, da das Buch aus Gründen, über die ich keine Rechenschaft schuldig bin, nicht erscheinen wird"(9). "autonom leben" gegenüber betonte er noch, daß der Vorwurf der Behindertenfeindlichkeit eine "infame Unterstellung ist", die juristisch zu bewerten er sich im Augenblick versage. Außerdem teilte er mit, wie in dem Brief an die "Krüppelfrauengruppe Bremen", daß das Buch aus privaten Gründen, für die der Verlag keine Rechenschaft schuldig sei, nicht bei Rowohlt erscheinen wird (10).

Dieser Erfolg hat mehr als nur einen bitteren Beigeschmack. Die Formulierungen von Dr. Michael Naumann, "aus privaten Gründen, über die sie keine Rechenschaft abzulegen haben", macht deutlich, daß der Tenor der Kritik, warum dieses Buch nicht erscheinen sollte, nicht getragen wird, und es ist zu befürchten, daß eventuell zu einem späteren Zeitpunkt versucht wird, das Buch zu verlegen. Vielleicht auch bei einem anderen Tochter-Verlag (11). Das bedeutet, daß die Struktur von Gewalt und wie sie entsteht, wie sich diese "besondere Form" des Rassismus entwickelt, für Rowohlt nicht im Zusammenhang mit der "Lebensunwertdiskussion" der "Neuen Euthanasiediskussion" steht. Wie Singer und seine AdeptInnen in Deutschland, negieren sie diesen Zusammenhang und lehnen auch jegliche Verantwortung für die gestiegene Behindertenfeindlichkeit ab.

Solch eine Diskussionskultur, solch ein "liberales" Denken und Handeln war und ist für die Menschen, deren Lebensrecht offen in Frage gestellt wird, tödlich. Es ist in diesem Kontext also keine "infame Unterstellung", wenn Rowohlt als behindertenfeindlich stigmatisiert wird.

Inzwischen ist das Unwerk im Harald Fischer Verlag (Erlangen) erschienen.

Nachtrag

Der Rowohlt Verlag hat, nachdem er das politische/kulturelle Klima vorbereitete, das Manuskript von Kuhse und Singer an den Harald Fischer Verlag weitergegeben, welcher es Ende Mai veröffentlicht hat. Der Veröffentlichungstermin läßt vermuten, daß parallel zu der öffentlichen Bekundung von Rowohlt, daß das Buch bei ihnen nicht erscheint, der Verlag schon längst in Verhandlung und Vorbereitung mit dem Harald Fischer Verlag gestanden hat.

Desweiteren kursiert das Gerücht, daß der Rowohlt Verlag die Veröffentlichung wegen Gewaltandrohungen zurückgezogen habe (12). Laut der Sendung "DAS" (auf N§) vom 25. Juni hätte Rowohlt diesen Hinweis vom "Staatsschutz" bekommen. Bisher hat der Rowohlt Verlag sich dazu offiziell nicht geäußert.

Der Verlag sonnt sich im "Stillen" in der Rolle des "Märtyrers", der der Gewalt der "Gegner der Redefreiheit" weichen mußte, aber trotz allem mit "Geschick und Raffinesse" einen "wichtiger Beitrag" zur neuen Euthanasiediskussion geleistet hat. Ob der Rowohlt Verlag über die zu befürchtenden Konsequenzen auch so stolz sein wird?

Quellen

(1) Ernst Klee, Durch Zyankali erlöst, Fischer Sachbuch 1990
(2) ebd.
(3) Presseerklärung von Rowohlt, 28.09.1992
(4) aus: Nestbeschmutzer Dez./Jan. 1993: Zur Eiuthanasie- und Eugenikdebatte: Peter Singers "Praktische Ethik" bei Rowohlt
(5) siehe (3)
(6) Im Verlauf eines Telefongesprächs mit dem verantwortlichen Lektor benutzte er diesen Begriff für die Auseinandersetzung.
(7) alle 3 Zitate aus: P. Singer, Praktische Ethik, Reclam 1989
(8) zitiert nach: Euthanasie aktuell, Flugschrift des Anti-Euthanasie-Forums, c/o autonom leben Hamburg

JETZT LIEFERBAR!

HELGA KUHSE
PETER SINGER

Muß dieses Kind am Leben bleiben?

DAS PROBLEM SCHWERSTGESCHÄDIGTER NEUGEBORENER

Aus einer Anzeige des Harald Fischer Verlages im Börsenblatt. Vorangestellt ist ein die Rowohlt-Position stützendes Zitat aus der Frankfurter Rundschau: "Die Stärke des Buches von Kuhse und Singer liegt in dem Nachweis, daß man der von ihnen formulierten und eindeutig beantworteten Frage, wenn man aufrichtig ist, nicht ausweichen kann. Und der zweifelhafte Erfolg jener, die die Publikation dieses Buches verhinderten, liegt darin, daß man sich hierzulande nun weiterhin über die Brisanz des Themas wird betrügen können."

(9) Brief von Dr. Michael Naumann (Leiter des Rowohlt Verlages) an die Krüppelfrauengruppe Bremen, 23.04.1993
(10) Brief von Dr. Michael Naumann an autonom leben Hamburg, 26.04.1993
(11) Da bisher immer noch zu befürchten ist, daß das Buch zu erscheinen droht, läuft die Unterschriftensammlun weiter. Infos und Unterschriftenlisten können bezogen werden über: "Krüppelfrauengruppe Bremen, c/o Assistenzgenossenschaft Bremen, Philosophenweg 17, 2800 Bremen 1 oder "autonom leben Hamburg, Eulenstr. 74, 2000 Hamburg 50
(12) siehe Die Woche, Nr. 19/93, Anna Mikula

Pseudonym

Während der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) sich in der "Vordersten Front" wähnt, steht der Bonner Rechtsextremist **Heinz-Theo Homann** in der "ETAPPE". Bei seinen Heimaturlauben schlüpft Heinz-Theo Homann in eine weitere Rolle. Als **Jutta Winckler** schreibt Homann seit geraumer Zeit für die rechtsintellektuelle Junge Freiheit (JF). Seine Karriere in der JF begann Homann/Winckler im Juni 1990 mit einem geschwätzigen Leserbrief zu den damaligen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Schönhuber-Partei. Homann, Herausgeber und Autor der "ETAPPE", kandidierte 1989 anläßlich der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen für die Bonner "Republikaner". Danach wirkte er eine Zeit lang bei der Düsseldorfer REP-Fraktion mit.
Man darf gespannt sein, ob Jutta Winckler den Roman "Mord im Wolfsturm" von Theo Homann in der nächsten Ausgabe der JF rezensieren wird. Erschienen ist die "historische Kriminalnovelle", so die Eigenwerbung, Homanns, im hinlänglich bekannten Verlag Anneliese Thomas, Wesseling.

Mailboxen

Auch die Neofaschisten beginnen, sich der elektronischen Medien zu bedienen. Mit Mailboxen versuchen sie, eine "Gegenöffentlichkeit" zu schaffen, die - so z. B. die Erlanger Mailbox "Widerstand BBS" - nur schwer zu kontrollieren sei.

Mit Texten zu Themen wie Anti-Antifa, Regionalismus, Konservative Revolution, Recht, Zeitgeschichte usw. soll eine Hilfestellung auch für die neofaschistische Publizistik geleistet werden. Zusammengeschlossen sind die sich selbst "nonkonformistisch" nennenden neo-faschistischen Mailboxen in einem "Thule-Netz.

land" (ASD) an. Ortsgruppen der ASD bestehen, nach Auskunft des Landesinnenministeriums, derzeit in Kaiserslautern und im südbadischen Grenzach-Wyhlen. Tag gibt an, bis zu seiner Inhaftierung am 23.Februar 1989, daneben Ortsgruppen in Hannover, Husum, Ludwigshafen, Otterberg, Solingen, Weil und Worms gegründet zu haben. Die vorzeitige Haftentlassung "wegen guter Führung, Einsicht und Reue" bot Tag die Möglichkeit, sich wieder in der rechtsextremen Szene einzumischen. Anfang des Jahres stellte Tag sein "Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV) mittels einer Anzeige in "NATION" dem Publikum auf Rechtsaußen vor. Damit tritt Tag in offene Konkurrenz zur "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) um das Ehepaar Müller.

Die am 23. März gegründete "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), Heidelberg, beerbte zwischenzeitlich den rheinland-pfälzischen Landesverband der verbotenen "Deutsche Alternative". Dem vierköpfigen Parteipräsidium der gescheiterten "Aktionspartei" gehörten bis vor wenigen Wochen **Michael Petri** als Bundesvorsitzender, **Manfred Huck** als Organisationsleiter der Partei, **René Rodriguez Teufer** als Schatzmeister sowie **Christian Hehl** an. Christian "Hehli" Hehl, ein neonazistischer Skinhead aus Ludwigshafen, war zuvor Mitglied der "Nationalistischen Front". Im vergangenen Jahr schloß Hehl sich der damaligen "Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK) des Manfred Huck (29) an. Landesverbände der "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" waren für Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen geplant. Michael Petri (20) arbeitet mit seinem Anhang bereits am Aufbau einer neuen Organisation. Per Ansage des Mainzer "Nationalen Infotelefons" (NIT) wird die "Ausarbeitung von Satzung und Programm" bekanntgegeben. Seit dem 15.Mai auf Sendung, verbreitet das NIT Nachrichten, Termine und Kontaktadressen der extremen Rechten. Hinter dem braunen "Infotelefon" verbirgt sich ein 20jähriges Mitglied der illegalen "Deutschen Alternative". Verantwortlich für das Projekt ist der ehrgeizige Neonazi Michael Petri aus Mainz. Bislang zweimal ließ die Staatsanwaltschaft den Anrufbeantworter des NIT beschlagnahmen. Die unfreiwillige Pause war in beiden Fällen nur von kurzer Dauer. Zuletzt ging das "Infotelefon" gleich am Tag nach der Beschlagnahmung wieder auf Sendung. Jetzt werden Spender für die Anschaffung eines dritten Anrufbeantworters gesucht, da das derzeitige Gerät nur "geliehen" sei.

Von den rund 250 Skinheads in Rheinland-Pfalz sollen, so die Landesregierung, "50 dem neonazistischen Bereich zugerechnet" werden können. Die beiden rechtsextremen Skinbands "Kahlkopf" und "Wotan" haben ihren Sitz in Koblenz, der Sänger von "Störkraft", **Jörg Petritsch**, seinen Wohnsitz im rheinland-pfälzischen Andernach. Demnächst muß sich Petritsch (24) vor dem Gericht in Koblenz verantworten. Die dortige Staatsanwaltschaft wirft ihm Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und verfassungsfeindliche Propaganda vor. So habe Petritsch bei einem Live-Auftritt von "Störkraft" das Publikum mit "Sieg Heil" gegrüßt. Aber auch die Tonträger, so soll die Band zwischen 1989 und 1992 rund 60.000 Schallplatten, Kassetten und CDs abgesetzt haben, stellten nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft vielfach eine Volksverhetzung dar.

Im vergangenen Jahr ereigneten sich in Rheinland-Pfalz nach polizeilichen Angaben insgesamt 339 Straftaten mit rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund. Vierzehn Straftaten hatten dabei einen teilweisen oder ausschließlichen antisemitischen Hintergrund. Weit über die Hälfte dieser offiziell auf 339 bezifferten Straftaten wurden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von bis zu 21 Jahren begangen. Bislang wurden 28 Heranwachsende angeklagt. Es kam zu 19 Verurteilungen in Rheinland-Pfalz, 15 nach Jugendstrafrecht und vier nach allgemeinem Strafrecht.

ANK gespalten

Heidelberg/Mainz - Ihren Austritt aus der "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK) geben die "Kameraden" um Michael Petri (20) bekannt. Zumeist handelt es sich um Angehörige der verbotenen neonazistischen "Deutschen Alternative" aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen. Derzeit ist die Neugründung einer rechtsextremen Organisation in Vorbereitung. Der Rest der gescheiterten Partei um den bisherigen Bundes-Organisationsleiter, Manfred Huck (29), wird die Aktivitäten der ANK lokal fortführen.

Er will Gewalt und steht zur Gewalt:

NPD-Funktionär und Anti-Antifa Akteur Hans-Michael Fiedler verliert Prozeß

Das Göttinger Landgericht hat das einstweilige Verfügungsbegehren von **Hans-Michael Fiedler** gegen Raimund Hethey abgewiesen. Fiedler konnte vor Gericht nicht glaubhaft machen, daß der Antifaschist Hethey in einer Bürgerversammlung in Adelebsen wörtlich gesagt haben soll:

"Er ist dabei, wenn es heißt, im Land Terror zu verbreiten. Er ist kein dummer Faschist, sondern weiß immer, was los ist. Auch ist er kein Schreibtisch-Parteifunktionär, sondern dabei, wenn es militant gegen antifaschistische Gruppen geht. Fiedler organisiert brutale Zusammenstöße, steht zu Gewalt, will Gewalt."

Fiedler selber hat von dem Zitat nicht bestreiten wollen, daß er kein dummer Faschist sei und immer wisse, was los sei und daß er kein Schreibtisch-Parteifunktionär sei. Daß es zwar dumme aber keine gewaltfreien Faschisten gibt, hat auch das Göttinger Landgericht erkannt und Fiedler in seinem Urteil vom 10. Juni 1993 das Recht abgesprochen, gegen die Aussage, daß er zu Gewalt stehe und Gewalt wolle auf Unterlassung dieser Äußerungen zu klagen. Im Urteilsspruch heißt es dazu wörtlich: "Dem Verfügungskläger steht auch kein Anspruch auf Unterlassung der Behauptungen zu, der Verfügungskläger stehe zu Gewalt und wolle Gewalt. Es handelt sich nicht um Tatsachenbehauptungen, sondern um eine vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) gedeckte Meinungsäußerung. (...) Der Verfügungskläger muß es hinnehmen, daß in der politischen Auseinandersetzung seine Gegner versuchen, den Bürgern gegenüber offenzulegen, was sie für die wahren Absichten und Ansichten des Verfügungsklägers halten. Es ist legitim und vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, daß auch auf Gefahren aufmerksam gemacht wird, die politische Kontrahenten zu erkennen meinen. Dabei dürfen sie sich einer deutlichen Sprache bedienen, solange sie eine sachliche und für den Zuhörer prüfbare Wertung enthält." (AZ 2 0 109/93) Gegen das Urteil hat Fiedler mittlerweile Berufung eingelegt.

Daß es überhaupt zu einem Verfahren kam, ist schon außergewöhnlich: hat doch der Innenminister Glogowski bei der Veröffentlichung seines Verfassungschutzberichtes lauthals verkündet, daß es in Niedersachsen bundesweit das beste Informantennetz innerhalb der Faschisten-Szene gebe. Dann dürfte den Verfassungsorganen auch nicht entgangen sein, daß Fiedlers Studentenbund Schlesien (SBS) sich an der bundesweit strukturierten Anti-Antifa Aktion maßgeblich beteiligt und die macht sich nun mal für den Terror gegen von ihr ausgemachte AntifaschistInnen stark.

Dabei hat Hans-Michael Fiedler in der Begründung zu seinem Verfügungsbegehren eidestattlich versichert, daß er ein friedlebender Mensch sei. Wie gesagt kein dummer Faschist, aber einer, gegen den sich die AntifaschistInnen zu Wehr setzen müssen.

Achtung • Achtung unerwünschte Mithörer!

Eine dringende Warnung an alle AntifaschistInnen, die einen Telefon-Anrufbeantworter betreiben. Bundesweit gibt es (z.T. nicht immer erfolglose) Versuche der sog. "Anti-Antifa" per Fernabfrage an Nachrichten zu gelangen, die auf dem Anrufbeantworter hinterlassen wurden .

Jede/r verantwortungsbewußte Anitfaschist/in sollte dafür Sorge tragen, daß ein unbefugtes Abhören unmöglich gemacht wird!

Horst Freires

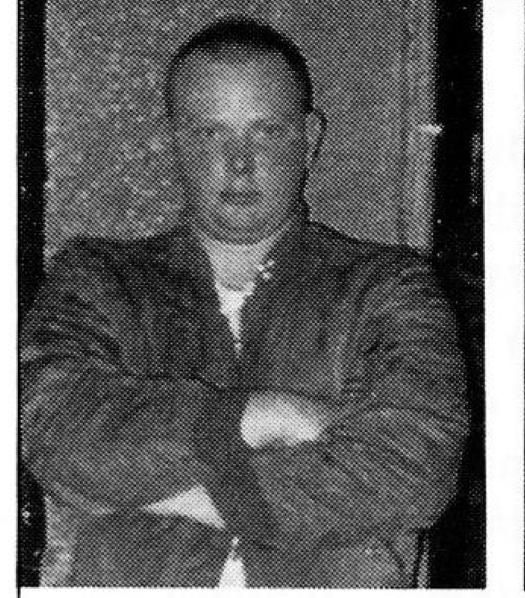
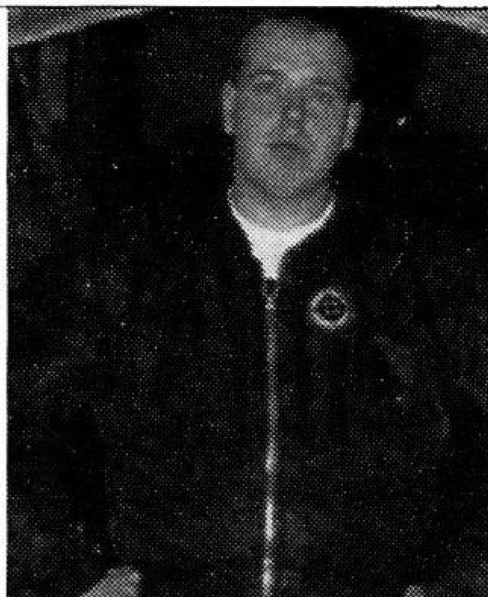
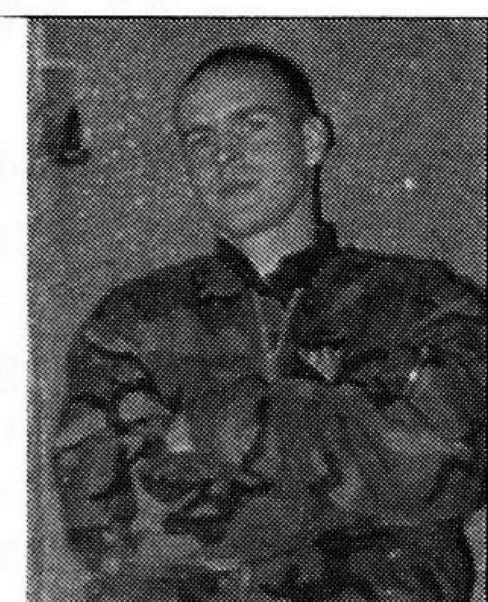
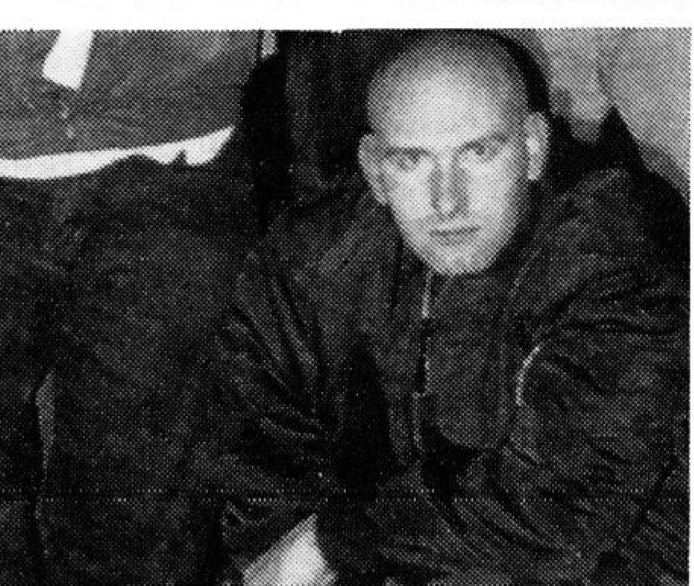
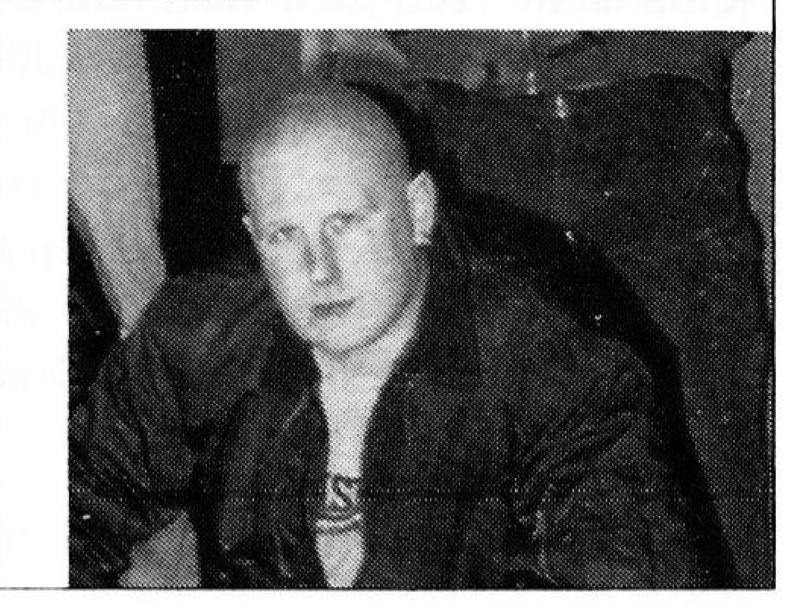
Skinband "Kraftschlag" verurteilt

Keine Reue im Gerichtssaal - Rieger Verteidiger

Im Mai dieses Jahres wurden vier Mitglieder der Skinband "Kraftschlag" vom Amtsgericht Itzehoe zu Freiheitsstrafen zwischen sieben und neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Dazu kamen für jeden Angeklagten Geldbußen zwischen 1500 und 2000 Mark. Das Gericht sah bei den 22- bis 25jährigen **Heiko Feyerabend**, **Sascha Skrybski**, **Dennis Velde** und **Jens Uwe Arpe** den Tatbestand der Aufstachelung zum Rassenhaß und der Volksverhetzung als gegeben an.

Das Quartett zeigte im Gerichtssaal keinerlei Reue. Sänger **Arpe** betonte vielmehr, hätte man gewußt, daß einige Texte strafbar seien, hätte man die CD und LP "schwarz" verkauft und nicht, wie geschehen, unter Angabe von Namen.

Verhandlungsgegenstand war die Platte "Trotz Verbot nicht tot", die die Band in Hannover pressen ließ. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß das Lied "Scheiß Punk" die Menschenwürde einer Bevölkerungsgruppe verletze. In diesem Lied wird geschildert, wie ein Punker von Skinheads zu Tode geprügelt wird. Der Text des Liedes "Ausländerhure" - darin wird eine deutsche Frau diskreditiert, die mit einem Ausländer zusammenlebt - verherrliche Gewalt und animiere dazu, Gewalt gegen Ausländer auszuüben, so die Urteilsbegründung. Ausgesetzt wurde der Anklagepunkt "Aufforderung zu Gewalttaten bei öffentlichen Konzerten". Der Verteidiger der Szene-Gruppe war übrigens **Jürgen Rieger** aus Hamburg, bundesweit bekannt als Anwalt für Rechtsextremisten, deren Gedankengut er in der Regel teilt. Er setzte sich - auch wegen der Verfahrenskosten - dafür ein, daß der Anklagepunkt "Aufforderung zu Straftaten" gänzlich fallen gelassen wird. Mit dieser Forderung hatte er ebensowenig Erfolg wie mit seiner Auffassung, die Freiheit der Kunst erlaube Texte und Äußerungen jeglicher Art. Das Gericht setzte hier klare Grenzen: "Wo die Menschenwürde verletzt wird, hört die Freiheit der Kunst auf", so der Richter. Keines der Bandmitglieder distanzierte sich von den eigenen Texten.

Seit 1989 tritt die Skinband "Kraftschlag auf. Zwei Band-Mitglieder sind im Ku-Klux-Klan organisiert.

Nach Angaben der Gruppenmitglieder hat sich die Skinband inzwischen aufgelöst.

Rieger hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die Skingruppe hatte mehrfach auf Parteifesten der FAP und der inzwischen verbotenen DA gespielt. Die Bandmitglieder wohnen in den Kreisen Pinneberg und Segeberg. Zwei von ihnen sind Anhänger des Ku-Klux-Klans, der auch in diesen Regionen in Erscheinung getreten ist.

Übrigens: Bei dem in Schleswig vor Gericht stehenden mutmaßlichen Täter der Mölln-Brandstiftung, **Lars Christiansen**, stand "Kraftschlag" hoch im Kurs.

Erwähnenswert, da mit Seltenheitswert, abschließend noch dieses: Die Ermittlungen zu diesem Fall wurden durch eine antifaschistische Initiative ins Rollen gebracht. Sie stellte der Staatsanwaltschaft Material über "Kraftschlag" zur Verfügung. Die Anklagebehörde begann dann im November 1992 mit den Ermittlungen, bei denen es auch zu Hausdurchsuchungen bei Bandmitgliedern kam.

Nach der Verurteilung der Gruppe "Radikahl" ist dies erst der zweite Fall, bei dem es bei einer Skin-Musikgruppe zu einem Strafverfahren kam.

Horst Freires

DVU in Schleswig-Holstein am Ende

Übertritte in die DL - Frey hievt Weidenbach an die Landesspitze

Der Streit zwischen dem DVU-Bundesvorsitzenden **Gerhard Frey** und den Landtagsabgeordneten in Kiel hat ein Ende: Fünf von sechs Mandatsträgern haben der Partei von **Frey** den Rücken gekehrt. Mit diesem Schritt ist zugleich die Fraktion der DVU im Kieler Landtag geplatzt.

Aus Verbundenheit zu Frey hatte sich **Renate Köhler** bereits Mitte Mai von ihren Fraktionskollegen getrennt. Nun schickten drei weitere DVU-Landtagsabgeordnete ihre Parteibücher in die Münchner Parteizentrale zurück und erklärten im gleichen Atemzug ihren Beitritt zur "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL). Die beiden verbliebenen DVU-Parlamentarier in Kiel wollen sich nach eigenem Bekunden ebenfalls von Frey abwenden und vorerst, ebenso wie die DL-Neulinge, als Parteilose ihr Abgeordnetenmandat weiter wahrnehmen.

Frey warf dem ehemaligen Kieler DVU-Fraktionsvorsitzenden **Ingo Stawitz** in der Deutschen Wochenzeitung, deren Verleger er ist, öffentlich private Bereicherung, Korruption etc. vor. Zudem provozierte er seine Kontrahenten aus dem hohen Norden, indem er kurzfristig einen Landesparteitag einberief, der an einem konspirativen Ort mit nur 30 anwesenden Mitgliedern tagte, ohne daß Einladungsfristen eingehalten worden waren. Der bereits seines Amtes als Landesvorsitzender enthobene Stawitz erhielt mit **Hans Weidenbach**, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, einen Frey-Gefolgsmann zum Nachfolger. Weidenbach tauchte bereits im vergangenen Jahr ebenso wie **Heinrich Gerlach** bei DVU-Fraktionssitzungen in Kiel auf. Frey dürfte besonders über die Kieler DVU-Parlamentarier erbost gewesen sein, weil sie seinen Vertrauensmann **Ernst H. Sahling** aus der Fraktionsgeschäftsstelle vor die Tür gesetzt hatten.

Unterdessen wurde bekannt, daß die DVU-Abtrünnigen, ehe sie bei der DL eine neue politische Heimat gefunden hatten, mit einem Beitritt zu den "Republikanern" liebäugelten. Der Rep-Landesvorsitzende **Peter Michael Jensen** aus Itzehoe, der eine entsprechende Anfrage erhielt, verweigerte in Rücksprache mit Parteichef **Franz Schönhuber** aber den Übertritt mit der Begründung, die seien "zu weit rechts". Sollte sich ein vierter Abgeordneter der DL anschließen, dann käme diese in den Genuß aller Fraktionsvorzüge im Kieler Landtag (Bezahlung, gestellte Räume etc.), und zwar etwa in dem Umfang wie zuvor bei der DVU.

Die DL, am Tag der deutschen Einheit 1991 in Baden-Württemberg gegründet, hat seit dem 26. April 1992 einen Landesverband in Schleswig-Holstein. Brachte es die DVU zuletzt auf über 2000 Mitglieder - so die Angaben aus München - so verfügt die DL, deren Bundesvorsitzender **Harald Neubauer** im Europaparlament sitzt, gerade einmal über 60 Kräfte im nördlichsten Bundesland. Die meisten können eine NPD-Karriere aufweisen. Einzelne kommen auch von den Republikanern. Die Führungsposition bekleidet **Hans-Jürgen Sabrautzky** aus Schenefeld bei Hamburg. Er ist ehemaliger NPD-Aktivist und NPD-Wahlkandidat mit Kontakten zur militanten Neonazi-Szene.

Karl Peix

Neuer Frühling der FAP in Südniedersachsen?

Fast einhundert Faschisten waren am Gründonnerstag, dem 20. Mai '93 in dem Südniedersächsischen Fachwerkstädtchen Hannoversch Münden zusammengekommen. Wie schon im Vorjahr, sollte nach einem Aufzug durch die Stadt der Tag mit einem Zechgelage auf einem Grillplatz am Stadtrand zu Ende gehen. Antifaschistische Aktionen verhinderten sowohl den Aufmarsch durch die Stadt, als auch die Durchführung der Festlichkeiten am ursprünglich vorgesehenden Ort. Daß die Faschisten trotzdem feiern konnten, verdankten sie, wie ebenfalls rund einen Monat später in Nörten-Hardenberg bei Göttingen, der Polizei.

Eingeladen wurde am 20. Mai zum "Vaterschaftstreffen", Adressaten waren neben Faschisten aus der Region, Anhänger der FAP aus ganz Norddeutschland. Als Initiatoren des Treffens gelten sowohl **Thorsten Heise** (24) in seiner Funktion als Landesvorsitzender der FAP in Niedersachsen, als auch die Herausgeber des Mündener "Skin - Fanzine" der "Bewärungshelfer" um **Michael Köhler** (FAP).

Unter den ca. 90 Faschisten, die sich von einem starken Polizeiaufgebot geschützt in den örtlichen Bahnhof zurückgezogen hatten, war u.a. der Braunschweiger FAP-Aktivist **Martin Kiese** (23) anwesend.

Zu Auseinandersetzungen kam es derweil auf dem für das "Vaterschaftstreffen" vorgesehenden Grillplatz. Eine Vorhut der Neo-Nazis war vorgefahren und hatte eine Gruppe AntifaschistInnen angegriffen. Bei ihrer anschließenden Flucht überrannten und verletzten die Nazis drei Kinder im Alter zwischen 7 bis 12 Jahren, bevor sie in ihrem von AntifaschistInnen stark beschädigten Fahrzeug das Weite suchten.

Die Polizei als Reisegesellschaft

Nach einem längeren Gespräch zwischen Thorsten Heise und der Einsatzleitung der Polizei, machten sich Streifenwagen auf die Suche nach einem anderen Grillplatz. Schlußendlich wurden die Neo-Faschisten nach einer einstündigen Blockade durch eine Überzahl versammelter AntifaschistInnen unter Polizeischutz zu einem ca. 10 km entfernten Ausweichplatz geleitet. Ein Teil der rund 30 Neo-Nazis, die per Bahn angereist waren, transportierte die Polizei in eigens freigemachten Mannschaftswagen zum neuen Austragungsort der Rekrutierungsfeierlichkeit.

Nur etwa einen Monat später kam es zu einem ähnlichen Vorfall. Am Sonnabend, dem 29. Mai 1993 zogen rund 40 Neo-Nazis unter Führung von Thorsten Heise zu einem bei Nörten-Hardenberg gelegenen Grillplatz, auf dem eine Abschlußfeier einer örtlichen Schule stattfand. Beim ersten Aufeinandertreffen von Nazi-Skins und SchülerInnen kam es zu Provokationen und Drohungen seitens der Neo-Nazis. Wieder verhandelte **Heise** mit der Polizei, die seinen Vorschlag entgegenkam, "es sei besser, wenn seine Leute auf dem Grillplatz blieben, anstatt durch die Stadt zu ziehen" (Göttinger Tageblatt, 1. Juni '93). Die SchülerInnen, die den Platz ordnungsgemäß gemietet hatten, mußten ihre Feier abbrechen und abziehen. In der Nacht zum Samstag war es in Solingen zu jenem folgenschweren Mordanschlag gekommen, bei dem fünf Türkinnen in den Flammen starben.

und Thorsten Heise

Das inzwischen offenbar nur von Thorsten Heise bewohnte Haus der Familie **Heise** in Nörten-Hardenberg bei Göttingen, hat sich zu einem festen Stützpunkt der FAP entwickelt. Fast täglich und besonders an den Wochenenden gehen bei Heise Neo-Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet ein und aus. So fand erst am Freitag den 14. Juni 1993 bei Heise ein internes Kadertreffen statt. Anwesend war u.a. auch der derzeitige Bundesvorsitzende der FAP **Friedhelm Busse** (64), der noch über eine Woche lang bei Heise verweilte. In der Nacht zum Montag, dem 28. Juni 1993 wurde ein Brandanschlag auf das Geländefahrzeug von einem ebenfalls in der FAP organisierten 51-jährigen Mann aus München verübt, der mit Busse zusammen bei Heise war. Das vor dem Haus von geparkte Auto brannte vollständig aus.

Thorsten Heise hat in seiner inzwischen mindestens 6jährigen Laufbahn das Bild des Nazi-Schlägers abgelegt und widmet sich heute ganz der Parteiarbeit. Neben **Norbert Weidner** (20) aus Bonn und Friedhelm Busse, dem derzeitigen Bundesvorsitzenden, hat die FAP kaum Personen mit Führungsqualitäten zu bieten, weshalb sich Heise offensichtlich in der FAP-Parteihierarchie weiter Aufstiegsmöglichkeiten ausrechnet. Seine jüngsten öffentlichen Auftritte bei FAP-Aktionen auf bundesweiter Ebene sprechen für eine gesteigerte Bedeutung seiner Person innerhalb der Parteistruktur. Nachdem **Heise** auf einem internen FAP-Treffen am 20. März 1993 diesen Jahres in Salzgitter eine leitende Funktion eingenommen hatte, marschierte er nur knapp zwei Monate später, Seite an Seite mit Friedhelm Busse, an der Spitze eines FAP Aufzuges am 1. Mai 1993 in Berlin. Nach seiner Zeit im Untergrund (Mai '90 - Februar '91), die er zur Festigung bundesweiter Kontakte nutzte, war es eine Zeit lang um ihn ruhiger geworden. Dieser Tage soll Heise gegenüber Anhängern und Sympathisanten großspurig angekündigt haben, die Aktivitäten der FAP in der Region verstärken zu wollen und für regelmäßige Schlagzeilen zu sorgen. Das ist auch schon deshalb nötig geworden, weil Heise seine einstige Basis (vor allem Nazi-Skinheads), abtrünnig zu werden scheint. Einige Nazi-Skins, die in den Kleinstädten oder Dörfern der Region Leitwolffunktionen einnehmen, haben sich inzwischen von Heise abgewandt - ihnen geht die Dominanz der FAP zu weit. Sie sind für politische Aufmärsche in größerem Rahmen kaum zu gewinnen. Ähnlich wie in der Vergangenheit versuchte Heise deshalb die Nazi-Skins über Konzerte und Zechgelage an die FAP zu binden oder neue rechtsextreme Jugendliche zu rekrutieren. Die Nazi-Treffen im Mai waren zwar eine Nummer kleiner als die Nazi-Treffen und Konzerte im April 1990 in Nordhausen (über 1000 Nazi-Skinheads) oder im Frühjahr 1992 in Wernigerode (Ostharz), verfolgen aber insbesondere für die Region Südniedersachsen die gleiche Strategie.



Fühlt sich dank guter Beziehungen zur Polizei sicher: Thorsten Heise, niedersächsischer FAP-Landesvorsitzender.

Im Juni 1991 war Heise mit einer Bewährungsstrafe von 2 Jahren auf freien Fuß gesetzt worden (er hatte versucht einen libanesischen Asylbewerber mit seinem Kübelwagen zu überfahren). Trotz der Bewährungsstrafe konnte Heise seit jener Zeit im politischen Umfeld der FAP seine Position ausbauen. Erst nach Anfrage der Grünen in der Region und den Ereignissen um Solingen fühlt sich die hiesige Staatsanwaltschaft genötigt, gegen Heise Ermittlungen einzuleiten, wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (mitführen eines Bajonettes in Hann. Münden), sowie Nötigung wegen der Vorfälle in Nörten-Hardenberg. Ob es jedoch zu einem Widerruf der Strafaussetzung kommt ist mehr als fraglich. Zuständig dafür ist die Rechtsprechung der Gerichte und diese werden erst tätig, wenn "die Begehung der neuerlichen Straftat zur Überzeugung des Gerichtes feststeht". Das ist aber noch nicht der Fall.

Karl Peix ist Mitarbeiter der Autonomen Antifa (M)

Horst Freires

FAP-Schläger verurteilt - aber nur milde

Im Verhältnis milde Strafen kassierten vor dem Amtsgericht in Oldenburg/Holstein mehrere FAP-Aktivisten. Verurteilt wurden im dritten Verfahrensanlauf **Detlev Brüel** (32) aus Hamburg, **Hanno Wichmann** (27) aus Hamburg, **Andreas Haye** (25) aus Hamburg sowie **Guido Wirsching** (23) aus Buchholz. Bestraft wurden alle wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung. Ein das Strafmaß verschärfender Tatvorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr wurde nicht aufrecht erhalten.

Brüel, Beisitzer im FAP-Landesvorstand Hamburg und mehrfach vorbestraft wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung, erhielt eine neunmonatige Freiheitsstrafe, auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Er wurde zuletzt wegen eines Messerangriffs auf Journalisten im niedersächsischen Hetendorf verurteilt. Dort finden regelmäßig Treffen rechtsextremistischer Gruppen auf dem Gelände des Vereins "Freundeskreis Filmkunst" und "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" statt. Hinter beiden Organisationen steckt der Hamburger Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger**. Rieger verteidigte auch Brüel in Oldenburg, der gegen das ergangene Urteil bereits Rechtsbeschwerde eingelegt hat.

Wichmann erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 1600 Mark. Er legte ebenfalls Rechtsmittel gegen das Urteil ein, so daß es auf jeden Fall eine Neuauflage des Prozesses vor dem Landgericht in Lübeck geben wird.

Haye kam mit einer Geldauflage von 900 Mark davon, gegen Wirsching wurde eine Geldauflage in Höhe von 600 Mark verhängt.

Alle Verurteilten waren Teilnehmer an einem nord-westdeutschen FAP-Aufmarsch in Heiligenhafen. Dort wollten sie mit ihrem Parteivorsitzenden **Friedhelm Busse** am 19. März 1988 eine Europa-Wahlkampfveranstaltung durchführen. Massiver antifaschistischer Protest verhinderte dies aber. Die FAP-Anhänger mußten unverrichteter Dinge abziehen. Im benachbarten Oldenburg griffen dann auf dem Rückzug mehrere FAPler mit ihrem KFZ Passanten und vermeintliche Antifaschisten gewaltsam an. Drei Verletzte und zertrümmerte Fahrzeuge hinterließen die in Richtung Hamburg flüchtenden FAP-Schläger, die erst später von der Polizei auf der Autobahn Lübeck-Hamburg gestoppt wurden. Bewaffnet waren die Neonazis mit Knüppeln, Reizgas, Gasrevolvern und Messern. Als sie die Polizei in ihrem Nacken hatten, entledigten sie sich teilweise ihrer Waffen durch Herauswerfen aus dem fahrenden Auto auf die Autobahn.

An den Vorfällen in Oldenburg beteiligt, jedoch nicht auf der Anklagebank, waren zudem **Glen Goertz** (jetzt FAP-Bundesgeschäftsführer aus Halstenbek), **Daniel Knecht** (Köln, aktiv beim Münchener **Ewald Bela Althans** und dessen inzwischen aufgelöstem Deutschen Jugendbildungswerk), **Willi Wegner** (Hamburg, im Vorstand der Hamburger FAP - damals bereits FAP-Bundesvorstandsmitglied, mehrfach wegen diverser Überfälle verurteilt und inhaftiert),**Norbert Appel** (damaliger FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen), **Stefanie Ahrens** (Hamburg, verheiratet mit dem ehemaligen Hamburger Landesvorsitzenden **Uwe Ahrens**), **Detlef Lichte** (Hamburg), **Casjen Bayen** (Nähe Burgdorf) und **Guido Barz** (Wahnbeck/Oldenburg in Niedersachsen, inzwischen nach eigenen Angaben aus der Szene ausgestiegen).

Stefan Bliesmer (24) aus Wistedt hatte das Treffen in Heiligenhafen seinerzeit angemeldet. Er gehört neben der FAP auch der Wiking-Jugend und der Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG) an. Seine Frau **Sabine** ist in der FAP und in der Deutschen Frauen Front (DFF) engagiert. Bliesmers Verfahren in Oldenburg wurde eingestellt. Gar nicht erst zum Prozeß erschienen ist **Michael Homeister** (25) aus Hameln. Er soll nach Informationen der Nebenklagevertretung im ehemaligen Jugoslawien die Waffe in der Hand haben. Bei seinem Vorstrafenregister wäre er um eine Verurteilung wohl nicht herumgekommen. Nun wurde gegen ihn ein Haftbefehl ausgestellt. Homeister ist ein enger Vertrauter des FAPlers **Thorsten Heise**.

Die Aburteilung erfolgte jetzt, nachdem zwei Verfahrenseröffnungen schnell wieder beendet werden mußten. Im Verfahren Nr. 1 (Februar 1990) ordnete das Gericht aufgrund der Schwere der Tatvorwürfe den Angeklagten eine Verteidigung mit Rechtsbeiständen an. In der zweiten Auflage (September 1990) schaffte es Rieger, mit einem Befangenheitsantrag das Verfahren zu stoppen. Der Nebenklagevertretung wurden dann aus unerfindlichen Gründen viele Monate die Einsicht in die Verfahrensakten verwehrt. Ebenso ließ eine neuerliche Prozeßterminierung übergebührend lange auf sich warten. Erst Dienstaufsichtsbeschwerden ließen schließlich den Prozeß fünf Jahre nach dem eigentlichen Vorfall doch noch zustande kommen.

Beim ersten "Prozeßversuch" tauchten übrigens **Patrick** und **Sascha Bothe** vermummt und bewaffnet in Oldenburg auf. Die beiden FAP-Anhänger aus Tostedt haben gute Kontakte zu Bliesmer und waren am Überfall auf eine VVN-Veranstaltung in Lüneburg beteiligt. Sie bedrohten Prozeßbesucher, ohne daß dagegen eingeschritten wurde. Im Verfahren im September 1990 und jetzt blieb dagegen alles ruhig, nicht zuletzt wegen starker Polizeipräsenz.

Spenden für Schönborn

Ende 1992 hatte die Polizei die Räumlichkeiten **Meinolf Schönborn**'s und seines Klartext Verlages heimgesucht und so allerlei mitgenommen. Schönborn selbst beklagte sich in einem Spendenaufruf an seine Kameradinnen und Kameraden Anfang Januar 93 darüber bitterlich. Spenden sollten fortan nicht mehr auf sein Postgirokonto in Hannover (von der Bezirksregierung beschlagnahmt), sondern über ein durch Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** verwaltetes Sonderkonto eingezahlt werden.

Wenig später erschien ein weiterer Spendenaufruf Schönborn's, jetzt in "Recht und Wahrheit", dem Organ der Deutschen Freiheitsbewegung, dessen Ehrenvorsitzender der Altnazi **O. E. Remer** ist. Wer zeigen wolle, "daß nationale Solidarität ... keine leere Formel ist, sondern tagtägliche Wirklichkeit", der könne beruhigt spenden, und zwar auf das noch vor wenigen Tagen als gefährdet bezeichnete Postgirokonto in Hannover. Der Aufruf scheint gefruchtet zu haben, denn bereits in der Ausgabe 5-6/93 bedankt sich **Georg Albert Bosse** für die an Schönborn eingegangenen Spenden. "Der Herausgeber, dem die Namen der Spender bekannt sind - allesamt langjährige Leser von RuW! - bedankt sich bei diesen zusätzlich für deren spontane, kameradschaftliche Hilfsbereitschaft." Bosse kennt Spender namentlich, die auf Schönborn's Girokonto eingezahlt haben! Die Zusammenarbeit zwischen jungen Aktivisten und alten Kämpfern scheint zu klappen. Was stand doch im Verfassungschutzbericht des Bundes von 1990 über die DDF: "Das DDF-Blatt 'Recht und Wahrheit' entwickelt sich immer mehr zu einem Naziblatt, das - wie keine andere deutsche Schrift - freiweg und ohne taktische Bemäntelung den Nationalsozialismus propagiert."

Ministerialrat bei Rechtsextremen

Schmiedefeld (Thüringen) - Auf der 34. Jahreshauptversammlung der "Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP) zum Thema "Volk und Rechtsstaat in Gefahr! Grundrechte und Verfassungswirklichkeit" referierte u.a. der Bonner Verwaltungsrechtler Dr. **Hans Stöcker**, Ministerialrat aus dem Bundesjustizministerium und Maastricht-Kläger. Daneben traten auf dem 4. Gesamtdeutschen Kongreß der größten rechtsextremistischen Kulturvereinigung Anfang Mai auch **Hans-Ulrich Kopp**, Witikone, Mitglied der Münchener Burschenschaft Danubia und Publizist, **Peter Dehoust**, stellvertretender Vorsitzender der GFP, Herausgeber von Nation & Europa (NE) und Funktionär der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", Dr. **Markus Klein**, Publizist und Autor von NE, Dr. **Herbert Schaller**, österreichischer Rechtsanwalt und Revisionist, **Andreas Behrens** sowie **Karl Richter**, Redaktionsmitglied von NE, vor das Publikum.

Jörg Hemmers

The Operation:

Israelischer Journalist im Inneren Netz der Neo-Faschisten

Der Journalist Yaron Svoray recherchierte als "Ron Furey" ein halbes Jahr lang unter falschem Namen in der NeoFaschisten-Szene. Das Ergebnis seiner Arbeit kann sich sehen lassen: 700 Seiten Manuskript, über 100 Stunden Film- und Tonmaterial und ein ordentlicher Haufen gefoppter militanter Neo-Faschisten mit langen Gesichtern. Eine breitere Öffentlichkeit konnte die Früchte seiner Arbeit im Stern-TV sehen, die deutsche Botschaft bekam das Material am 15. April 1993 überreicht. Eine offizielle Stellungnahme hat die Bundesregierung noch nicht abgegeben, die jüngst publizierten VS-Länder-Berichte bestä-tigen eher die Tendenz der Verharmlosung, die Yaron Svoray den Behörden der Bundesrepublik wohl zurecht unterstellte. Sämtliche, auch vom VS beobachtete, Organisationen, so ein Ergebnis von Svoray, seien mitgliederstärker als offiziell verlautbart werde. Das Ergebnis dürfte stimmen, wenn auch angenommen werden muß, daß die Spitzenfunktionäre der Neo-Faschisten ihre Mitgliederzahlen nach oben geschönt haben. Sie erhofften sich nämlich tatkräftige Unterstützung von dem Kameraden Ron aus dem sonst gehaßten Amerika. 200 Millionen DM benötige er, so **Friedhelm Busse**, enfant terrible der militanten Faschisten, um in Deutschland eine Revolution zu machen. Vergeblich erwartete man die Millionen, die der vermeintliche Kamerad zu Hitlers Geburtstag natürlich nicht überbrachte. Er war im Auftrag des Simon Wiesenthal Center aus Los Angeles unterwegs, um über die Neo-Faschisten-Szene in der Bundesrepublik und ihre Verbindungen in die USA aufzuklären. Es war relativ einfach an den Kern der Szene heranzukommen. Einfallstor war der Tiefbohrunternehmer und ehemalige Kopf der Nationalen Sammlung aus Langen, **Heinz Reisz**. Mit der Unterstützung von Reisz, dessen Vertrauen er schnell gewann, konnte Svoray seine grande tour durch die Szene relativ problemlos bewältigen. In seinem Schlepptau befand sich die US-Filmgesellschaft CBS, die mal offen und mal verdeckt Filmaufnahmen von Zusammenkünften machen konnte und Richard Eaton, der den Mann im Hintergrund, den Verleger von antisemitischen und antifreimaurerischen Schriften **Reinhold Kopps** in Argentinien aufsuchte.

Im Prinzip hat Svoray auf der Ebene der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GDNF) und älteren Strukturen der "World Union of National Socialists" (WUNS) recherchiert und vereinzelt finanzielle Sponsoren aufdecken können. Einige Rechercheergebnisse sind ziemlich oberflächlich. So wurde aus der zentralen Figur des Prof. **Georg Werner Haverbeck** ein Mister Hammelback. In der deutschen Übersetzung, veröffentlicht in der Zeitschrift HINTERGRUNDINFORMATION (Reutlingen) ist dieser Fehler beseitigt und sind einige Angaben ergänzt worden. Für AntifaschistInnen in der BRD dürften die Informationen zu den Verbindungen in die USA von Interesse sein; denn was Svoray über die BRD-Szene schreibt, ist meistens schon umfangreicher veröffentlicht, etwa im "Drahtzieher im braunen Netz" oder dem gerade erschienen Buch von Michael Schmidt "Heute gehört uns die Straße...".

Eine zentrale Figur ist **Willis Allison Carto** (67), der unter verschiedenen Pseudonymen schreibt, kaum fotografiert werden konnte und nur selten Interviews gibt, obwohl er als Begründer der "Liberty Lobby", dem "Institute for Historical Review" (IHR), der "Noontide Press" und der "Populist Party" (1986: 30.000 Mitglieder) zahlreiche Unternehmungen startete, die ihn zum einflußreichsten Kopf des Antisemitismus in den USA werden ließen. Schließlich war **David Duke**, Kopf des Ku-Klux-Klan, 1988 Präsidentschaftskandidat seiner Partei. Im Westen der USA begann Carto seine Karriere zunächst in liberal-konservativen Kreisen. In seinem monatlich erscheinenden Pamphlet "Right" wurde die strenge antisemitische Position schnell deutlich, die er bis heute vertritt. Einem kurzen Engagement in der streng antikommunistischen, ultrakonservativen John Birch Society (benannt nach einem von Kommunisten in China erschossenen amerikanischen Spion, gegründet: 1958) folgte die Gründung der Liberty Lobby, die von Anfang an rassistische und fremdenfeindliche Positionen öffentlich in ihrer Publikation "Liberty Letter" (Auflage 1967: 200.000 Ex.) vertrat. Liberty Lobby partizipierte an den Kampagnen der reaktionären Präsidentschaftskandidaten **Barry Goldwater** und **George Wallace**. Im August 1975 wurde Liberty Letter durch das neue wöchentlich erscheinende Organ "Spotlight" (Auflage 1981: 250.000) ersetzt, das sich inhaltlich am Ku-Klux-Klan orientierte. "Spotlight" unterhält "internationale Büros" und Korrespondenten in Argentinien, Australien, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Indien, Kanada, Mexiko, Mittelamerika, Portugal, Singapur, Südafrika und Taiwan. Carto initiierte verschiedene Gründungen von neo-faschistischen Zirkeln, wovon einige in der "World Union of National Socialists" (WUNS) organisiert waren, deren Strukturen in den sogenannten Gottwald-Papieren 1983 öffentlich bekannt wurden, weil der VS-Agent **Werner Gottwald** aufgeflogen war (Vgl. Konkret extra 1983).

Trotz solch offenkundiger Zusammenhänge werden die Erkenntnisse von Yaron Svoray mit einem Mantel des Schweigens umhüllt oder durch Pressemitteilungen des VS heruntergespielt. Wissenschaftliche Publikationen aus Großbritannien und den USA haben diese Verbindungslinien aber längst aufgezeigt (Vgl. u.a.: Ciaran o Maolain: The Radical Right: A World Directory, Burnt Mill etc.: Longman 1987 und James Ridgeway: Blood in the Face. The Ku Klux Klan, Aryan Nations, Nazi Skinheads, and the Rise of a New White Culture, New York: Thunder's Mouth 1991).

Alte Nazis, ein Bischof, ein Diener, Geheimdienstagenten, Immobilienhändler, Militärs, Polizisten, Professoren und Verleger.

Die Personen, auf die Svaroy traf, lassen sich bestimmten Zusammenhängen zuordnen, bei fließenden Übergängen. Svaroy stieß auf Menschen, die den Faschismus selbst erlebten und damals schon Funktionen innehatten oder persönlichen Kontakt mit Nazi-Größen pflegten wie die Töchter von Göring und Himmler, **Leon Degrelle** (belgische SS), Prof. Haverbeck (SA, Volkstum und Heimat), Dr. **Friedrich Klaren** (KZ-Job), **Ewald Klaus** (Waffen-SS), **Wilhelm Koeberich** (NaPoLa-Schüler), **Karl Wilhelm Krause** (Diener und Body-Guard bei Hitler) und die Witwe des niederländischen Nazi-Kollaborateurs **Florence Rost van Tonningen**, die wohl den engsten Kontakt zu Willis Carto haben dürfte.

Eine andere Gruppe bilden (ehemalige) Militärs, Geheimdienstler und Polizeibeamte wie **Roy Godenau (Armstrong)**, **Wolfgang Juchem**, Reinhold Kopps, **Ernst Marliany**, **Sigrid Schenk**, **Kellner Williams**. Eine weitere Zuordnungskategorie könnte die Zugehörigkeit zur GDNF sein, zu der **Bela Ewald Althans**, Friedhelm Busse, **Thies Christophersen**, **Thomas Hainke**, **Constantin Mayer**, **Curt** und **Ursel Müller**, **Harald Neubauer**, Heinz Reisz, **Frank Rennicke**, **Meinolf Schönborn** und **Norbert Weidner** zugehören.

Außen vorgelassen sind Willis Carto, **Otto Geller** (Aktion Freies Deutschland, Bochum), der ehemalige Bischof von Regensburg **Rudolf Graber**, ein **Manfred Roeder**-Unterstützer, der Archivalienhändler **Wolfgang Kempkens**, Exekutionsanlagen-Experte **Fred Leuchter**, der Juchem-Intimus Roeder (Deutsche Bürgerinitiative und Immobilienhändler-Ost), **Bernd Thrun** von den Republikanern, Udo Walendy (NPD-Referent), der Schwager von Heinz Reisz (zuständig für Polit- und Porno-Videos), die Pharmazeutin **Doris Walz** und der Kalifornier **Mark Weber** (Institute for Historical Review).

Manchen von diesen Personen kommen bestimmte Aufgaben zu, wie das Erledigen von Geldgeschäften oder das Arrangieren von Treffen. Brisant ist der Hinweis auf vermeintliche Putsch-Vorbereitungen innerhalb der Republikaner (REP), die Koeberich, Marliany und Thrun anzetteln sollen, um die Partei weiter nach rechts zu treiben.

Yaron Svoray hat sich mutig und entschlossen an die Neo-Faschisten herangewagt, seine Recherche-Ergebnisse müssen sorgfältig geprüft werden. Wichtigstes Ergebnis ist sein Hinweis auf die internationalen Zusammenhänge, die leicht übersehen werden, wenn nur auf die jugendlichen Skinheads geschaut wird. Vieles von dem, was er veröffentlicht hat, war schon bekannt und in Vergessenheit geraten. Und noch etwas hat Svorays Arbeit gezeigt: die Theorien von asozialen Einzeltätern, die der Bundeskanzler und andere Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus der Mottenkiste zogen, sind bewußte Verdummung der Bevölkerung und ein fahrlässiger Umgang mit der Wahrheit.



Faschistische Aktivitäten 1992 in den Niederlanden

Die wichtigste Entwicklung im Jahre 1992 war eine erhebliche Zunahme der Gewaltbereitheit in rechts-extremen Kreisen. Im Vergleich zu den Vorjahren stiegen die Gewalttaten sprunghaft an, insbesondere Brand-, Sprengstoffanschläge und Körperverletzungen. Die nachfolgende Aufzählung ist unvollständig.

Brand- und Sprengstoffanschläge

1992 wurden uns 19 Brand- und 4 Sprengstoffanschläge bekannt. Alle 4 Sprengstoffanschläge fanden in Den Haag statt. Für alle 4 Sprengstoffanschläge ist **Jan van Brakel** verantwortlich und wurde am 29.10.1992 zu 3 Jahren Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Auch wurde er für den versuchten Sprengstoffanschlag bei dem multikulturellen Festival in Den Haag am 10.07.1992 verantwortlich gehalten. Bei solchen Anschlägen ist davon auszugehen, daß die Täter den Tod von Menschen beabsichtigen oder zumindestens billig im Kauf nehmen.

Beispiele:
- In Den Haag wurde am 04.01 ein Sprengstoffanschlag auf einen Migrantenladen verübt.
- In Den Haag warfen unbekannte Täter am 20.01 einen Brandsatz in das Gebäude des Marokkanischen Vereins.
- In Nimwegen setzten unbekannte Täter am 12.02 eine im Bau befindliche Moschee in Brand
- In Utrecht setzten unbekannte Täter am 17.04 ein Gebäude in Brand, woraus später eine Moschee gemacht werden sollte.
- In Weesp setzten unbekannte Täter am 31.05 eine Moschee in Brand.
- In Weesp verübten unbekannte Täter am 08. 06. auf die gleiche Moschee einen Brandanschlag.

Sachbeschädigungen und Körperverletzungen

Im Jahre 1992 wurde uns 35 Sachbeschädigungen und Körperverletzungen bekannt.

Beispiele:
- Unbekannte Täter besprühten am 16.04. ein Jüdisches Denkmal mit Hakenkreuzen und schändeten einen jüdisches Friedhof in Beek.
- ANS-Aktivisten griffen am 25.04. eine als linksstehend bekannte Kneipe in Breda an.
- ANS-Aktivisten schlugen am 21.05. einen Hausbesetzer in Leeuwarden zusammen.
- Am 16.07 schlugen Naziskins zwei Farbige in Purmerend zusammen.
- 5 Naziskins schlugen am 01.08. nach einem »Skintreffen« in Utrecht einen Ausländer zusammen.
- Am 30.11. wurde ein Asylbewerber aus Somalia im Zug zwischen Tiburg und Eindhoven von einem Skin zusammengeschlagen.
- Am 25.12. wurde ein amerikanischer Mann in Oss von unbekannten Tätern zusammengeschlagen, wobei gerufen wurde: "die Niederlande den Niederländern".

Die ANS-NL

Die aktivsten "Stützpunkte" waren Groningen, Leeuwarden und West-Brabant.

Die Aktivitäten der "Stützpunkte" bestehen vornehmlich aus Sprüh- und Klebeaktionen. Außerdem beteiligten ANS-Aktivisten sich regelmäßig an Gewalttaten.

In Leeuwarden beteiligte sich ANS-Aktivist **Gerrit Fokke Gerritsma** an Angriffen auf besetzte Häuser und deren Bewohner, und auf Homosexuelle. In Breda griffen ANS-Aktivisten eine als links bekanntstehende Kneipe an. Nach einer Pause von anderthalb Jahren erschien seit Juli 1992 "Die Neue Front" wieder regelmäßig. Die Zahl der Aktivisten wird von uns auf ungefähr 40 geschätzt. 1992 wurde der niederländische Zweig der HNG von der ANS aus gegründet, u.a. **Tonny Douma** ist Mitglied in der HNG. Die Kontaktadresse ist die Adresse vom ANS-Aktivisten **Peter Wesselink**.

Bei der "Gedenkkundgebung" am 15.08.1992, anläßlich des Todestages von Rudolf Heß am 15. August 1987, waren auch ANS-NL Aktivisten, unter ihnen **Eite Homan**, beteiligt. Die "Kameradschaft" Breda kam mit einer Wagenbesatzung etwas verspätet an, weil sie schon im Vorfeld von der Polizei aufgrund Verstoß gegen das Waffengesetz festgenommen wurde. Nach Zahlung von 300 DM wurden sie fünf Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt.

CD - Centrumdemocraten

Die CD ist die größte rassistische Partei; sie wurde nach einer Spaltung in der Zentrumpartei im Jahre 1984 gegründet. Der Vorsitzende ist **Hans Janmaat**, der für die CD einen Sitz im Parlament hat. Für die CD wird es immer schwieriger, einen Raum für ein Treffen zu finden. Die Versammlungen werden häufig von AntifaschistInnen gestört. Es fällt auf, daß immer mehr Naziskins sich am Saalschutz beteiligen. Die Zahl der Mitglieder wird von uns auf ungefähr 2000 geschätzt, das heißt, daß die Mitgliederzahl im Vergleich zum Vorjahr leicht zunahm. Die Zahl der aktiven Mitglieder beträgt noch keine 200. Die CD entfaltet denn auch kaum Aktivitäten.

CP'86 - Centrumpartei 1986

Die CP'86 ist auch aus der alten Zentrumpartei entstanden. Sie wurden 1986 gegründet. Sie nennt sich national-demokratisch, ein Begriff, der von der NPD übernommen wurde, wie auch das parteipolitische Programm von der NPD buchstäblich übernommen wurde. Die CP'86 ist viel extremer als die CD und äußert sich demgemäß auch deutlicher: "Die Benennung des Bürgermeisters von Amsterdam ist ein rassistisches jüdisches Komplott" (Quelle: Centrumnieuws Nr 2, 1992) [Der Bürgermeister von Amsterdam Ed van Thijn ist Jude - AU]. Nach der guten Zusammenarbeit mit der NPD auf internationale Ebene, haben CP'86 und NPD auch angefangen, auf Landesebene zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit findet seit einem ersten Treffen am 31. Januar statt zwischen dem CP'86 Kreis Arnheim und dem NPD Landesverband Nordrhein-Westfalen. 1992 fand die letzte Mitgliederversammlung am 16. Mai statt. Dort wurden u.a. Flugblätter und Aufkleber der ANS-NL verteilt. Am 29. August fuhr eine große Gruppe nach Belgien, zur Yzerbedevaart (das jährliche Neonazi-Treffen in Diksmuide).

Naziskins

Nach Schätzungen gibt es in den Niederlanden zwischen 350 und 450 Naziskins. Der größere Teil hat sich rechts-extremen Organisationen/ Parteien angeschlossen. Einige Zehner bei der ANS-NL, bei der CP'86 250-300, und bei der CD auch einige Zehner. Sie betätigen sich meist in losen Gruppen. Das einzige Naziskinmagazin heißt »Hou Kontakt« und wird von **Martin van der Grind** und **Frankie Kattenburg** vertrieben. Durch dieses Magazin versuchen sie interne Strukturen aufzubauen, was teilweise auch gelungen ist vor allem durch das Organisieren von Konzerten, wo die Naziskins sich treffen.

Das erste Konzert war in der Nähe von 's Gravezande (Süd-Holland) am 27. Juni, wo "No Remorse" aufgetreten ist, es beteiligten sich 170 Mann. Das zweite Konzert fand am Vorabend der Yzerbedevaart in Diksmuide am 29.08 statt. Hier spielten "No Remorse", "Squedron", "Wiking" und "Celtic Warrior". Am 29.09 war ein Konzert in De Lier, in der Nähe von Hoek van Holland (Süd-Holland) geplant. Das Konzert wurde von den Behörden verboten. Die meisten Gäste konnten von der Organisation gewarnt werden und zuhause bleiben. Die Polizei nahm insgesamt 26 Naziskins fest, unter ihnen Naziskins aus Polen, Deutschland und aus den Niederlanden. Eine große Gruppe aus England wurde schon bei der Fähre in Harwich aufgehalten. Ein Tag später gab es doch noch ein Konzert, und zwar in Zwolle, wo "Skullhead", "Squedron", und die niederländischen Bands "Wiking" und "The Conficted" spielten.

Daneben wurden im vergangenem Jahr »Skintreffen« organisiert, u.a. in Amsterdam und Utrecht. Nach dem Treffen in Utrecht wurde von 5 Naziskins ein Farbiger am Bahnhof zusammengeschlagen. Die Täter konnten festgenommen werden, unter ihnen waren **Johnnie van Prooyen** (ein Naziskin, der den Versandbetrieb Oi-Stuffs in Utrecht hatte) und **Ian Stuart**, der Sänger von Skrewdriver.

Ende September gab die brasilianische Polizei bekannt, daß mindestens eine brasilianische Naziskingruppe, "White Power", aus den Niederlanden finanziert werde. Das Geld werde für eine Offensive gegen Juden, Farbige und Homosexuelle benutzt. Das Geld komme von »Hou Kontakt« und einem Laden mit Namen "Streetwise" in Hoek van Holland. Von diesem Laden gibt es jeden Monat Anzeigen in »Hou Kontakt«. Brasilianische Neonazis würden auch aus England (Condemned '84), Italien (Having a Laugh), den USA (The Church of the Creator) und aus Portugal (Junta da Defensa Nacional) finanziert.

Antifa Utrecht

Kalkriese - Der neue Traum vom alten Reich?

Die Ausstellung "Kalkriese - Römer im Osnabrücker Land" wurde in Osnabrück zu einem Wallfahrtsort für "Braune" aller Schattierungen: von der Busladung Nazi-Skins bis zu **Robert Hepp** aus Vechta war alles vertreten. Informiert hatte uns eine Angestellte des Museums, die sich von dieser Brühe überschwemmt fühlte.

Worum geht es? Um nicht mehr und nicht weniger als den Ort der Varusschlacht.

Ausstellung, Video und Katalog halten sich streng an nachweisbare Fakten: Arminius entpuppt sich als römischer Söldner, der seinen Brötchengeber nicht nur verrät, sondern auch die bei diesem erworbenen Kenntnisse und Waffen für Beschaffungskriminalität gegen ihn verwendet. (Durch die Plünderung nach der Schlacht versorgten sich die beteiligten Stämme auf Jahre hinaus mit Metall, welches sie selber, außer durch Kauf oder Raub, nicht gewinnen konnten.) Insgesamt wird peinlich darauf geachtet, völkischen Konstruktionen keine Ansatzmöglichkeiten zu bieten. Es wird auch darauf hingewiesen, daß ein Nachweis, daß es sich um die Fundstelle der Varusschlacht handelt, letztlich nicht erbracht werden konnte. Wahrlich kein Zuckerschlecken für Rechte.

Doch dann verläßt die Verantwortlichen anscheinend der Mut. Ausstellung und Katalog ist ein Teil mit dem Titel "Der Hermann-Mythos" eingegliedert. Dieser Teil bricht jeweils mit der Einweihung des Hermanns-Denkmals ab. Im Katalog wird sogar behauptet: "In dem Maße wie die Figur dann 1875 ihre endgültige Form im Denkmal Ernst von Bandels erhält - die Fertigstellung des Denkmals ermöglichen preußische Finanzierungszusagen - wird der "Mythos" Hermann flüchtig." (Katalog, S. 281)

Diese "flüchtige" Mythos fungiert ein halbes Jahrhundert später als Unterbau für die völkische NS Ideologie. Hermann soll dabei für die Geburt der deutschen Nation stehen. Seine "Germanen" werden in NS-Geschichtsbüchern zu einem reinen, unvermischten Volk stilisiert, das dem Landleben ohne Prunk, Verschwendung, erotischer Aufreizung in einfachen Gewändern und ohne Geldgeschäfte frönt. Einfach, natürlich, ehrlich verehren sie ihre Götter nicht in finsteren Tempeln, sondern in heiligen, lichten Hainen. Sie beraten und entscheiden gemeinsam, wer ihre Heerführer sein sollen. (vgl.: Jost Hermand, Der alte Traum vom neuen Reich, Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt a.M., 1988, S. 19f.)

Urvater dieses Germanenbildes ist Tacitus. Mittlerweile ist es wissenschaftlicher Konsens unter Historikern, daß diese Stilisierung dazu gedient hat, der römischen Gesellschaft ihre moralische und politische Dekadenz unter die Nase zu reiben. Weder die alte noch die neue Rechte hat allerdings Interesse an geschichtlichen Wahrheiten. Folgerichtig wird dieses Bild in völkischen Sekten und Zirkeln heute wieder als reale Beschreibung ausgegeben. Die völkische und die damit verwobenen religiösen Komponenten sind in der heutigen Zeit ein wichtiger Bestandteil des neofaschistischen Weltbildes. Ein Fascho, der etwas auf sich hält ist in "heidnischen Artgemeinschaften" zu finden.

Beispielhaft ist der "Armanenorden", in dem sich, neben **Sigrun Freifrau von Schlichting**, welche die Postille "Huginn und Muninn" zu einem Großteil bestreitet, auch der Fascho-Anwalt **Rieger** tummelt. In H. u. M. Nr. 11/93 schreibt ein Oberstudienrat **Karl-E. Buhrmester** aus Menden sich den Ärger über einen Besuch am Ausgrabungsort Kalkriese von der Seele, gibt doch eine wissenschaftliche Bearbeitung weniger her, als die römischen "Geschichtsschreiber", die er bei dieser Gelegenheit vehement verteidigt.

Osnabrück hat als erster in der Reihe der Ausstellungsorte gezeigt, daß viele Rechte sich persönlich davon überzeugen wollen, daß sie ihre "Geburtstätte der germanischen Nation" anderweitig erfinden müssen. Auch das ist ein Grund, die Ausstellung um den fehlenden Teil des "Hermann-Mythos" zu ergänzen. Viel wichtiger ist es jedoch, in Zeiten des Nazi-Terrors endlich ehrlich mit Geschichte umzugehen. Versuche unsererseits, mit den Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen, blieben bisher ohne Resonanz. Wir sind für jede Unterstützung dankbar!

Antifa-Archiv-Osnabrück, Postfach 1211, 49002 Osnabrück